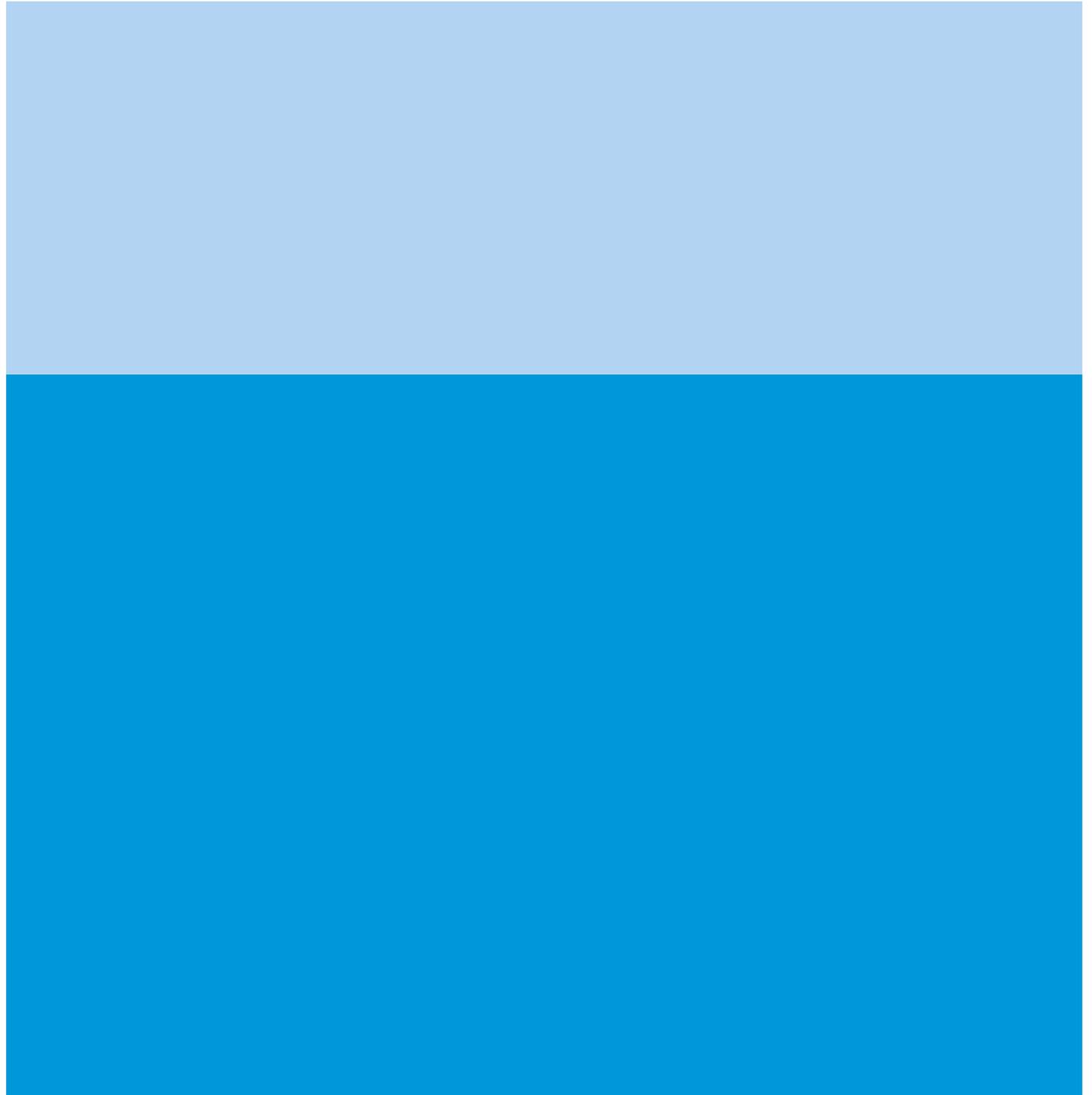




Zusammenrücken in Zeiten der Distanz

SVR-Integrationsbarometer 2020



SVR-Bericht 2020-1

Eine Initiative von:

Stiftung Mercator, VolkswagenStiftung, Bertelsmann Stiftung, Freudenberg Stiftung, Robert Bosch Stiftung, Stifterverband und Vodafone Stiftung Deutschland. Das SVR-Integrationsbarometer 2020 wird gefördert durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und die Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren der Länder (IntMK).

Zitiervorschlag:

SVR 2020: Zusammenrücken in Zeiten der Distanz. SVR-Integrationsbarometer 2020, Berlin



Inhalt

Zusammenfassung	4
1 Das SVR-Integrationsbarometer	6
2 Der SVR-Integrationsklima-Index 2020	6
3 Die Corona-Pandemie als Herausforderung für Demokratie und Politik	12
3.1 Erhöhte Demokratiezufriedenheit in Zeiten der Pandemie	12
3.2 Das Vertrauen in die Politik steigt in der Krise	16
3.3 Die Bundesregierung punktet als Krisenmanager	19
4 Einstellungen zu Schule und Polizei in Zeiten von COVID-19	20
4.1 Stabiles Vertrauen in die Institution Schule trotz ungewisser Zeiten	21
4.2 Die Polizei zwischen Corona-Maßnahmen und Rassismus-Debatte	22
5 Fazit	25
Literatur	26
Anhang	28
Abbildungsverzeichnis	28
Verzeichnis der Info-Boxen	28

Das Wichtigste in Kürze

- Das Integrationsklima in Deutschland wird weiterhin positiv wahrgenommen. Im Vergleich zur Erhebung von 2017/18 schätzen Menschen ohne Migrationshintergrund das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft geringfügig besser ein. Grund ist vor allem eine positivere Wahrnehmung seitens männlicher Befragter.
- Nur bei Spät-/Ausgesiedelten ist eine geringfügige Verschlechterung des Integrationsklimas gegenüber 2017/18 festzustellen.
- Die angesichts der Corona-Pandemie beschlossene Lockdown-Regelung vom März 2020 fällt etwa in die Mitte des Befragungszeitraums des SVR-Integrationsbarometers. Es zeigt: In den Monaten nach dem Lockdown wachsen sowohl die Demokratiezufriedenheit als auch das Vertrauen in die Politik allgemein und in die Bundesregierung. Der Zuwachs ist bei Befragten ohne Migrationshintergrund meist stärker als bei jenen mit Zuwanderungsgeschichte, die insgesamt positiver bewerten.
- Das Vertrauen in die Institution Schule steigt bei Befragten ohne Migrationshintergrund leicht an. Bei jenen mit Migrationshintergrund bleibt es mehrheitlich auf hohem Niveau stabil.
- Bei den Befragten mit Migrationshintergrund zeigt sich, dass Diskriminierungserfahrungen ihr Vertrauen in öffentliche Institutionen wie Schule und Polizei eintrüben.

Zusammenfassung

Das SVR-Integrationsbarometer (IB) misst das Integrationsklima in Deutschland. Die Auflage von 2020 auf Basis einer Befragung in 2019/20 ist die dritte bundesweit repräsentative Erhebung. Das IB berücksichtigt Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, Spät-/Ausgesiedelte, Türkeistämmige und Menschen mit einem Migrationshintergrund aus der EU oder der „übrigen Welt“.

Seit der ersten Erhebung im Jahr 2015 ist das Integrationsklima in Deutschland stabil. Der Integrationsklima-Index (IKI) von Menschen ohne Migrationshintergrund hat sich im Vergleich zur Erhebung von 2017/18 geringfügig von 63,8 auf 65,6 Punkte erhöht. Damit liegt er nun etwa auf dem Niveau des Jahres 2015 (65,4 IKI-Punkte). Seit Beginn der bundesweit repräsentativen Messung ist das Integrationsklima somit durchgehend im positiven Bereich, d. h. über dem Wert von 50. Die aktuelle Verbesserung geht auf

eine positivere Bewertung des Zusammenlebens seitens männlicher Befragter zurück. Der noch 2017/18 festgestellte *gender climate gap* bei Befragten ohne Migrationshintergrund hat sich in den Jahren 2019/20 somit beinahe vollständig geschlossen.

Unter Spät-/Ausgesiedelten hat sich das Integrationsklima dagegen in den Jahren 2019/20 geringfügig eingetrübt. In den restlichen Herkunftsgruppen gab es keine signifikanten Veränderungen seit der letzten Erhebung 2017/18.

Weitere Ergebnisse des SVR-Integrationsbarometers 2020:

- Die **Demokratiezufriedenheit und das Vertrauen in die Politik bzw. die Institutionen** in Deutschland wachsen während der Corona-Pandemie zumeist oder bleiben auf hohem Niveau stabil.



- Befragte ohne Migrationshintergrund sind im betrachteten Zeitraum (Ende November 2019 bis Anfang August 2020) vor der sog. Lockdown-Regelung vom März 2020 zu rund 44 Prozent „gar nicht“ oder „weniger“ mit der Art und Weise zufrieden, **wie die Demokratie in Deutschland funktioniert**. Im Zeitraum nach dem Inkrafttreten der bundesweiten Corona-Maßnahmen geben das nur noch rund 27 Prozent der Befragten an.
 - Bei Menschen mit Migrationshintergrund fällt die Veränderung hin zu mehr Demokratiezufriedenheit zwar moderater aus, allerdings ausgehend von einem höheren Level der Zufriedenheit. Der Anteil derjenigen, die mit der Demokratie in Deutschland unzufrieden sind, fällt von rund 22 auf 15 Prozent.
 - Das **allgemeine Vertrauen in die Politik** steigt bei Personen ohne Migrationshintergrund im Verlauf der Corona-Pandemie. Vertrauen vor den Corona-Maßnahmen im März 2020 rund 51 Prozent der Befragten ohne Migrationshintergrund deutscher Politik „voll und ganz“ oder „eher“, vergrößert sich dieser Anteil danach auf 65 Prozent.
 - Unter Befragten mit Migrationshintergrund gibt es mit Blick auf das allgemeine Vertrauen in die Politik einen ähnlichen Trend steigender Zufriedenheit. Dieser fällt zwar moderater aus als bei Personen ohne Migrationshintergrund, geht jedoch von einem höheren Grundlevel aus: Rund 63 Prozent vertrauen der Politik vor, rund 68 Prozent nach dem Inkrafttreten der Corona-Maßnahmen.
 - Sowohl mit Blick auf die Demokratiezufriedenheit als auch auf das Vertrauen in die Politik ist unter den erst kürzlich Zugewanderten ein sog. **Honeymoon-Effekt** erkennbar: Vor und nach dem Lockdown sind Zugewanderte, die erst in den letzten zehn Jahren nach Deutschland gekommen sind, mit der Demokratie hierzulande zufriedener und gegenüber der Politik vertrauensvoller als Zuwanderer und Zuwanderinnen, die bereits länger in Deutschland leben.
 - Rund 58 Prozent der Befragten ohne Migrationshintergrund vertrauen der **Bundesregierung** im Befragungszeitraum vor dem Inkrafttreten der Corona-Maßnahmen im März 2020 „voll und ganz“ oder „eher“. Im Zeitraum danach sind es bei dieser Befragtengruppe rund 73 Prozent – ein deutlicher Anstieg von 15 Prozentpunkten. Auch bei Befragten mit Migrationshintergrund hellt sich die Einstellung gegenüber der Bundesregierung im Laufe der Pandemie auf – weniger deutlich, aber auf höherem Niveau.
- Weiterhin wurde erhoben, wie sich die Einstellungen zum öffentlichen Schulwesen und zur Polizei entwickelt haben:
- Das Vertrauen in die **Institutionen Schule und Polizei** ist während der Corona-Pandemie sowohl bei Befragten mit als auch bei jenen ohne Migrationshintergrund auf insgesamt hohem Niveau.
 - Befragte mit Migrationshintergrund vertrauen sowohl dem öffentlichen Schulwesen als auch der Polizei seltener, wenn sie angeben, **aufgrund ihrer Herkunft in den vergangenen fünf Jahren diskriminiert** worden zu sein.

1 Das SVR-Integrationsbarometer

Das SVR-Integrationsbarometer (IB) bildet das Integrationsklima in der Einwanderungsgesellschaft ab und erhebt Einschätzungen und Einstellungen zu integrations- und migrationspezifischen Themen. Dabei bezieht sich das IB sowohl auf Zuwanderinnen und Zuwanderer als auch auf Menschen ohne Migrationshintergrund. Nach den Barometern 2016 und 2018 stellt das Integrationsbarometer 2020 zum dritten Mal bundesweit repräsentative Daten bereit. Für die aktuelle Auflage wurde die Erhebung erweitert: Das SVR-Integrationsbarometer 2020 wird erstmals gemeinsam vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat sowie von den für Integration zuständigen Ressorts der Länder gefördert. Die Stichprobe wurde in dem Zuge umgestellt und deutlich vergrößert (Info-Box 1). Diese Erweiterung des Integrationsbarometers erlaubt bundesweite Analysen auf einer deutlich breiteren Datenbasis sowie darüber hinaus repräsentative länderspezifische Auswertungen.¹

Ein unverändert zentraler Bestandteil der Erhebung ist der Integrationsklima-Index (IKI). Dieser ermittelt persönliche Erfahrungen und Einschätzungen von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund² in vier Bereichen, die für Integration zentral sind: Arbeit, Bildung, soziale Beziehungen und Nachbarschaft (vgl. SVR 2018). Daneben beleuchtet das Integrationsbarometer jeweils unterschiedliche Aspekte der öffentlichen Integrations- und Migrationsdebatte. Die Befragung zur aktuellen Auflage des Integrationsbarometers fiel in eine außergewöhnliche Zeit: Der Ausbruch der Corona-Pandemie und die im März 2020 sukzessive verschärften Einschränkungen des öffentlichen Lebens (sog. Lockdown) fielen etwa in die Mitte der Erhebungsphase. Somit ist das SVR-Integrationsbarometer 2020 in der Lage, eventuell

auf tretende Einstellungsveränderungen im Nachgang der pandemiebedingt erlassenen Einschränkungen nachzuzeichnen. Wie sich zeigt, blieben die in den Integrationsklima-Index eingehenden Bewertungen des Zusammenlebens in kultureller Vielfalt nach dem Lockdown unverändert (s. Kap. 2). Demgegenüber ist ein deutlicher Wandel bei solchen Themen nachweisbar, die für den gesellschaftlichen Zusammenhalt relevant sind: etwa Demokratiezufriedenheit und allgemeines Vertrauen in die Politik – aufseiten der Befragten mit wie ohne Migrationshintergrund. Gleiches gilt zum Teil für das Vertrauen in die Bundesregierung (s. Kap. 3). Das Vertrauen in die öffentlichen Institutionen Schule und Polizei verändert sich weniger stark (s. Kap. 4).

2 Der SVR-Integrationsklima-Index 2020

Der SVR-Integrationsklima-Index (IKI) erfasst unterschiedliche Facetten des Zusammenlebens in der Einwanderungsgesellschaft und ist damit ein empirischer Gradmesser für die Qualität des Integrationsgeschehens (vgl. SVR 2018). Dabei versucht er, möglichst viele verschiedene Blickwinkel und Erfahrungswerte abzubilden. Über ein mehrstufiges Verfahren wird erfasst, wie Menschen mit und ohne Migrationshintergrund das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft in verschiedenen Teilbereichen wie Arbeitsmarkt, Nachbarschaft, soziale Beziehungen und Bildungssystem bewerten. Für jeden Bereich wird zunächst erhoben, welche Erfahrungen die Befragten mit ethnischer Vielfalt gemacht haben. Im zweiten Schritt wird ermittelt, inwieweit sie bestimmten allgemein formulierten Normen zum Umgang mit kultureller Vielfalt zustimmen.³ Anschließend werden die Teilnehmenden gebeten, die Leistungsfähigkeit der verschiedenen Bereiche angesichts der dort wahrgenommenen ethnischen

1 Für die bisherigen Ländermonitorings vgl. <https://www.integrationsmonitoring-laender.de> (14.09.2020).

2 Die Begriffe „Menschen mit Migrationshintergrund“ und „Zuwanderer und Zuwanderinnen“ werden im Folgenden synonym verwendet. Als „Zugewanderte“ bezeichnet der SVR Zuwanderer und Zuwanderinnen der ersten Generation. Für eine ausführliche Definition s. www.svr-migration.de/glossar/#Migrationshintergrund.

3 So wurden z. B. für den Bildungsbereich folgende Aussagen bzw. Fragen vorgelegt: „Deutsche Schüler und Schüler mit Migrationshintergrund werden bei gleicher Schulleistung gleich benotet“ (Norm); „In Schulen mit vielen Migrantenkinder lernen alle Schüler weniger“ (Leistungsfähigkeit); „Würden Sie Ihr Kind an einer Schule mit hohem Migrantenanteil anmelden?“ (Verhaltenstendenz). Die Befragten konnten ihre Zustimmung oder Ablehnung jeweils auf einer vierstufigen Skala angeben. Für einen Überblick zu allen in den Index eingehenden Fragen s. Methodenbericht zum SVR-Integrationsbarometer 2020 unter: <https://www.svr-migration.de/publikationen/ib2020>.



Info-Box 1 Methodische Anmerkungen zum SVR-Integrationsbarometer 2020

Für das SVR-Integrationsbarometer 2020 wurden zwischen Ende November 2019 und Anfang August 2020 insgesamt 15.095 Personen bundesweit interviewt. Um Aussagen auf Bundeslandebene treffen zu können, wurden in jedem Bundesland mindestens 500 Menschen ohne Migrationshintergrund und weitere 500 Zuwanderinnen und Zuwanderer befragt. Eine Ausnahme bilden die ostdeutschen Flächenländer. Hier wurden neben 500 Befragten ohne Migrationshintergrund lediglich 300 Zuwanderinnen und Zuwanderer interviewt. Grund für die verkleinerte Zuwanderer Stichprobe ist der insgesamt geringere Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in den östlichen Bundesländern, wodurch diese Bevölkerungsgruppe dort verhältnismäßig schwierig zu erreichen ist. Die einzelnen Bundesländer werden bei bundesweiten Analysen wiederum so gewichtet, dass die Regionen in ein reelles Verhältnis gesetzt werden.

Von den 15.095 Befragten waren 8.034 Menschen ohne Migrationshintergrund, 1.244 Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedler, 880 Türkeistämmige, 2.078 Zuwanderinnen und Zuwanderer aus EU-Ländern und 2.859 Personen mit einem Migrationshintergrund aus der „übrigen Welt“.⁴ Die Gruppe der Zuwanderinnen und Zuwanderer wurde mit Gewichten an die (bundesweiten wie auch bundeslandspezifischen) Verhältnisse in der

Bevölkerung angepasst. Zudem wurde auf Bundesebene jede Herkunftsgruppe anhand soziodemografischer Merkmale (u. a. Bildung, Alter, Geschlecht, Erwerbsstatus) auf Basis einer Sonderauswertung des Mikrozensus gewichtet. In den einzelnen Bundesländern erfolgte die Gewichtung anhand soziodemografischer Merkmale für Befragte mit und ohne Migrationshintergrund gesondert. Die Ergebnisse sind somit repräsentativ für die Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund auf Bundes- und Landesebene sowie auf Bundesebene auch für die einzelnen Herkunftsgruppen.

Die Befragung wurde telefonisch durchgeführt, über Mobil- und Festnetznummern. Hierfür wurde der Telefonnummernpool des Arbeitskreises Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e. V. genutzt. In jedem Haushalt wurde eine mindestens 15-jährige Person befragt, die nach dem „Last-Birthday-Verfahren“ zufällig ausgewählt wurde. Zweisprachige Interviewerinnen und Interviewer führten die Befragungen auf Deutsch, Englisch, Türkisch, Russisch, Farsi oder Arabisch durch. Die Fragebögen in jeder Sprache wurden einem umfangreichen kognitiven Pretest unterzogen und anschließend unter Feldbedingungen getestet. Die Befragungen wurden von der BIK Aschpurwis + Behrens GmbH durchgeführt. Ein umfassender Methodenbericht ist auf der Homepage des SVR abrufbar.

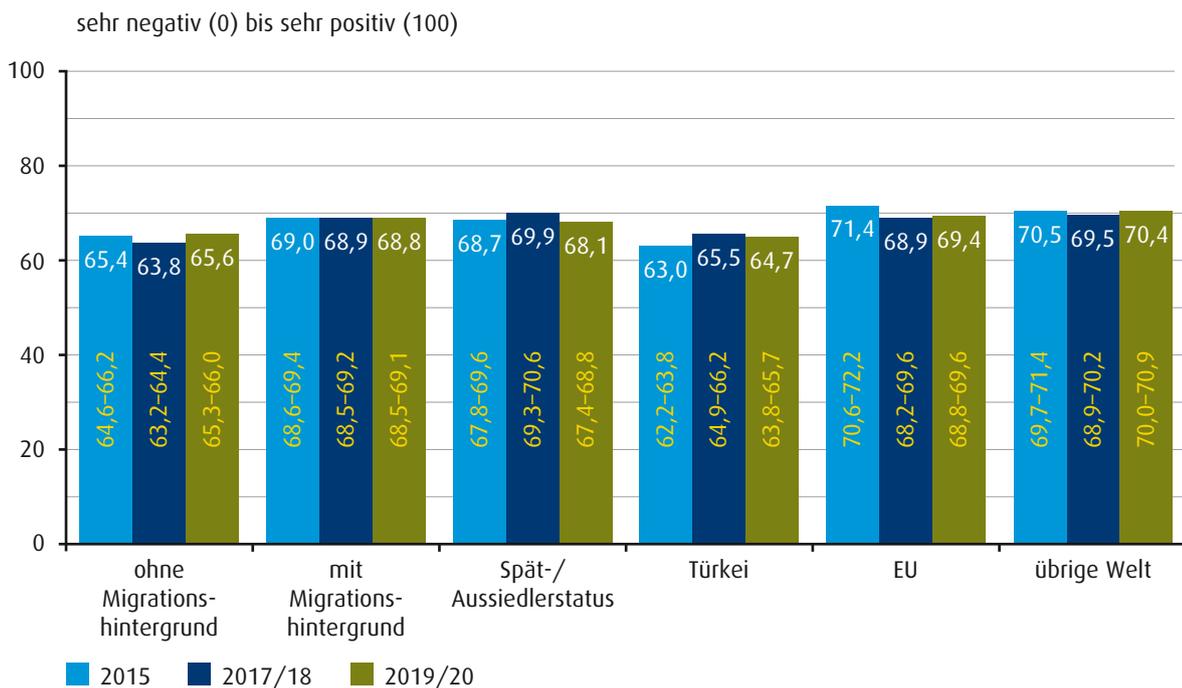
Diversität einzuschätzen. In einem letzten Schritt wird erfasst, wie die Befragten sich in verschiedenen Situationen, die von kultureller Vielfalt geprägt sind, verhalten würden. Diese Vorgehensweise berücksichtigt, dass die Integrationsrealitäten in den verschiedenen Bereichen voneinander abweichen können, und erlaubt entsprechend differenzierte Aussagen zum Integrationsalltag.

Die Angaben der Befragten werden zunächst für jeden Teilbereich zu Durchschnittswerten zusammen-

gefasst; auf diese Weise entstehen vier Teilindizes. Diese werden anschließend zusammengelegt und gehen zu gleichen Teilen in den allgemeinen IKI ein. Dieser wird auf einer Skala von 0 bis 100 abgebildet. Je höher der Wert ist, desto besser wird das Integrationsklima eingeschätzt. Dabei bedeuten Werte über 50 eine tendenziell positive, Werte unter 50 eine tendenziell negative Wahrnehmung. Das Integrationsbarometer erfasst somit das Integrationsklima der gesamten Gesellschaft, das der IKI abbildet.

⁴ Die unterschiedlichen Fallzahlen in den einzelnen Herkunftsgruppen sind Folge des neuen Studiendesigns. Für weitere Informationen s. Methodenbericht zum SVR-Integrationsbarometer 2020.

Abb. 1 Integrationsklima-Index (IKI) 2015, 2017/18 und 2019/20 (nach Herkunftsgruppen der Befragten)



Anmerkung: Signifikante Veränderungen gegenüber der Befragung von 2017/18 ergeben sich bei Menschen ohne Migrationshintergrund sowie bei Personen mit Spät-/Aussiedlerstatus. Die gelben Zahlenwerte geben das 95-Prozent-Konfidenzintervall – die bei jeder Stichprobe aufgrund von Messfehlern bestehende Schätzunsicherheit – an. Überschneiden sich die Intervalle nicht, kann mit großer Wahrscheinlichkeit von einer unterschiedlichen Wahrnehmung des Integrationsklimas ausgegangen werden.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2016, 2018, 2020; gewichtete Daten

Kurzfristige Veränderungen im Stimmungsbild, etwa die zuletzt 2015/16 im Zuge der Flüchtlingszuwanderung gestiegenen Bedrohungswahrnehmungen, gehen zwar ebenfalls in die Bewertungen ein.⁵ Sie spielen allerdings nur insofern eine Rolle, als sie das alltägliche Zusammenleben in Vielfalt tatsächlich beeinflussen. Wie die weitgehende Stabilität des Integrationsklimas belegt, ändern die Menschen auch in Zeiten ansteigender Sorgen und Vorurteile nicht ihre Meinung über den Nachbarn oder die Kollegin. Dies erklärt, dass die Einschätzungen und damit auch das Integrationsklima wie in den vergangenen Befragungen stabil bleibt (vgl. hierzu auch SVR 2018). Diffuse Befürchtungen und Ängste, die kurzfristig entstehen können und in der medialen Debatte in der Regel im

Fokus stehen, werden im IKI, der auf persönlichen Erfahrungen und Einschätzungen beruht, somit anhand alltagsnaher Situationen ‚geerdet‘.

„Immun“ trotz Corona: das Integrationsklima 2020

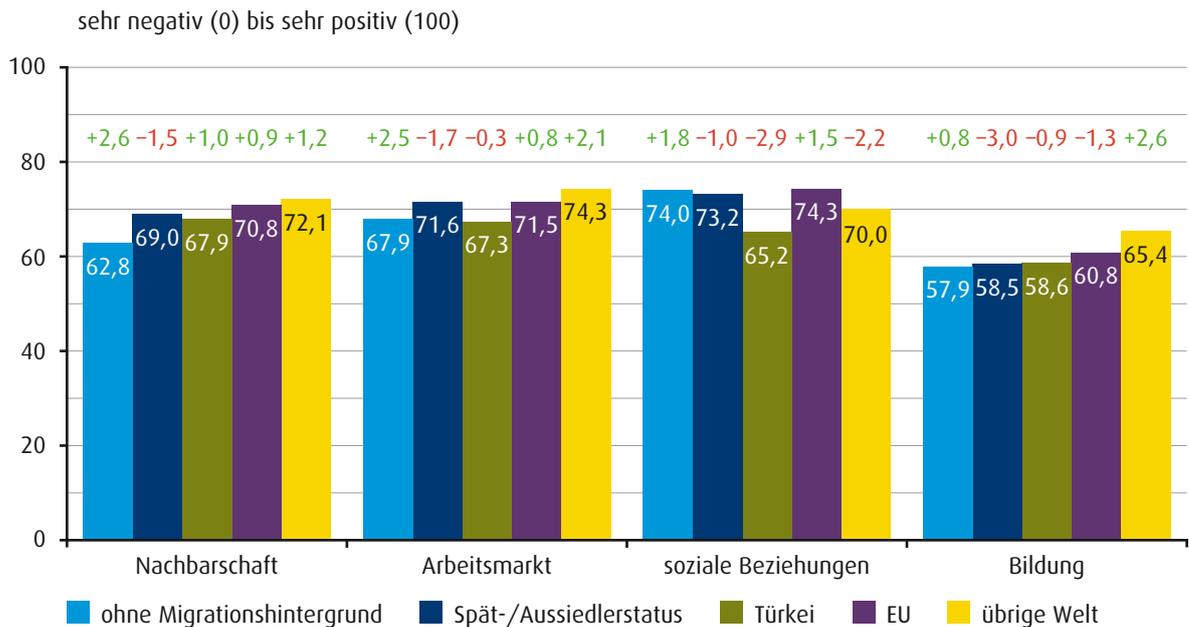
Von der Stabilität des Integrationsklimas zeugt auch das aktuelle SVR-Integrationsbarometer (Abb. 1). **Die im Zuge der Eindämmung der Corona-Pandemie auferlegten umfassenden Einschränkungen des Alltags haben sich demnach nicht spürbar auf das Miteinander in kultureller Vielfalt ausgewirkt.**⁶ Kleinere Veränderungen gegenüber dem IKI des Jahres 2018 sind ausschließlich bei Befragten ohne Migrationshintergrund sowie bei Menschen mit Spät-/Aussiedlerstatus festzustellen. So verbesserte sich in diesem Zeitraum

5 Wie das SVR-Integrationsbarometer 2016 nachweisen konnte, sah im Zuge der Flüchtlingszuwanderung ein wachsender Anteil der Befragten den Wohlstand in Deutschland durch die Einreisenden bedroht (vgl. SVR 2016). Gleichzeitig sank der IKI (für die Befragten ohne Migrationshintergrund) nur unwesentlich um ca. 1,5 IKI-Punkte.

6 Allerdings stieg bei den Befragten ohne Migrationshintergrund die Kontakthäufigkeit zu Menschen mit Migrationshintergrund innerhalb der eigenen Nachbarschaft leicht an. Dieser Anstieg ist nur in urbanen Gebieten nachweisbar. Die etwas häufigeren Begegnungen gingen allerdings nicht mit einer Veränderung in den Einschätzungen des Integrationsgeschehens einher.



Abb. 2 Integrationsklima in den Teilbereichen 2019/20 (nach Herkunftsgruppen der Befragten)



Anmerkung: Die Zahlen über den Balken zeigen die Veränderungen gegenüber dem IKI 2017/18 an.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2018, 2020; gewichtete Daten

die Wahrnehmung des Integrationsklimas bei Menschen ohne Migrationshintergrund von 63,8 auf 65,6 IKI-Punkte. **Ursächlich für diese Verbesserung ist eine Verringerung des 2018 noch deutlich ausgeprägten *gender climate gap*:** Während Männer mit rund 61 IKI-Punkten im Jahr 2018 noch deutlich pessimistischer urteilten als Frauen (67 IKI-Punkte), ist die Einschätzung männlicher Befragter heute mit rund 65 IKI-Punkten nur unwesentlich negativer als diejenige der weiblichen Befragten (67 IKI-Punkte). Dass sich diese Lücke nun schließt, scheint zu bestätigen, dass die 2018 feststellbare Eintrübung des Integrationsklimas bei männlichen Befragten mit der Fluchtzuwanderung in den Jahren 2015/16 zusammenhing. Wie in einschlägigen Studien nachgewiesen werden konnte, neigten Männer dazu, die Folgen der Fluchtzuwanderung negativer zu beurteilen als Frauen (vgl. Jacobsen/Eisnecker/Schupp 2017; SVR 2018). Die bisherigen Integrationsfortschritte der in den Jahren 2015/16 als Flüchtlinge Zugewanderten (Brenzel et al. 2019; Kristen/Spieß 2020) könnten sich also in einer

positiveren Wahrnehmung des Integrationsklimas niedergeschlagen haben. Im Ergebnis hat sich möglicherweise die nach der Flüchtlingszuwanderung von 2015/16 erfolgte Eintrübung des Integrationsklimas bei männlichen Befragten wieder korrigiert.⁷

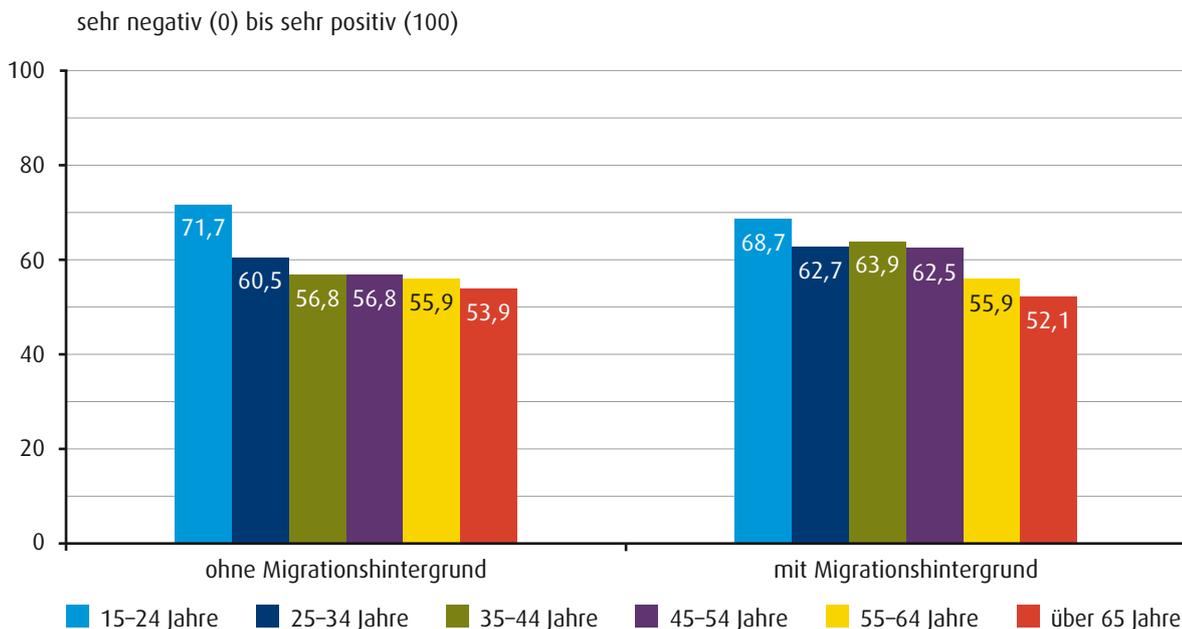
Teilbereiche des IKI: Bildung wird nach wie vor am negativsten beurteilt; jüngere Befragte urteilen deutlich positiver als ihre Großeltern

Die Stabilität des gesamten Integrationsklima-Index gilt auch für seine Teilbereiche (Abb. 2). Auch hier zeigen sich nur geringfügige Veränderungen gegenüber 2017/18, sodass die Grundkonstellation der IKI-Teilbereiche unverändert bleibt: Am negativsten beurteilen die Befragten weiterhin das Integrationsgeschehen in der Schule (vgl. SVR 2016, 2018).

Die Skepsis bezüglich des Integrationsgeschehens in der Schule könnte ihren Ursprung darin haben, dass ein Großteil der Befragten seine Beurteilung auf Berichte von Dritten stützt. Darunter fällt nicht nur die oft brennpunkt-fokussierte mediale Berichterstattung. Auch die

⁷ Sofern signifikante Unterschiede zwischen den Geschlechtern bei einzelnen Fragestellungen festzustellen sind, wird darauf im Text hingewiesen. Wenn keine Auswertung nach oder Aussage zu Geschlechterdifferenzen erfolgt, waren keine signifikanten Unterschiede festzustellen.

Abb. 3 Integrationsklima im Bildungsbereich 2019/20 (nach Altersgruppen und Migrationshintergrund der Befragten)



Eltern schulpflichtiger Kinder können bei der Beurteilung häufig nur auf Berichte ihres Nachwuchses zurückgreifen. Schließlich ist ein über Elternabende oder Schultheater hinausgehender Zugang zum Schulalltag und damit ein ungefilterter Eindruck den meisten Befragten verwehrt.⁸

Wie bereits das SVR-Integrationsbarometer 2018 gezeigt hat, geht persönlicher Kontakt mit Zugewanderten im Freundes- und Bekanntenkreis mit einer positiveren Einschätzung des gesamten Integrationsklimas einher (SVR 2018). Dieser Zusammenhang ist nicht nur im Kontext von persönlichen Begegnungen mit Zugewanderten sowie dem Integrationsklima bedeutend: Auch ein persönlicher Kontakt oder Einblick in einen Teilbereich kann Vorurteile auflösen helfen. Dies wird besonders deutlich an der weitaus positiveren Bewertung des Schulbereichs seitens jüngerer Befragter – also seitens Personen, deren Schulerfahrung noch frisch ist. Das

Integrationsklima im Bildungsbereich liegt bei den 15- bis 24-Jährigen ohne Migrationshintergrund bei insgesamt 71,7 IKI-Punkten und damit rund 14 IKI-Punkte über dem Gesamtdurchschnitt von 57,9 und fast 18 Punkte über demjenigen der über 65-Jährigen (Abb. 3).⁹ Hier zeigt sich ein deutlicher intergenerationaler Einstellungsunterschied.

Ähnliche Meinungsmuster finden sich bei Befragten mit Migrationshintergrund. Die Jüngsten bilden mit rund 69 IKI-Punkten und die Ältesten mit ca. 52 IKI-Punkten ebenfalls jeweils die Extrempunkte. Auffällig ist jedoch, dass die IKI-Werte der mittleren Altersklassen etwas näher an denjenigen der 15- bis 24-Jährigen liegen. Schülerinnen und Schüler sowie Befragte, die erst vor wenigen Jahren die Schule verlassen haben, sind demnach insgesamt – unabhängig vom Vorliegen eines Migrationshintergrunds – optimistischer.¹⁰ Die

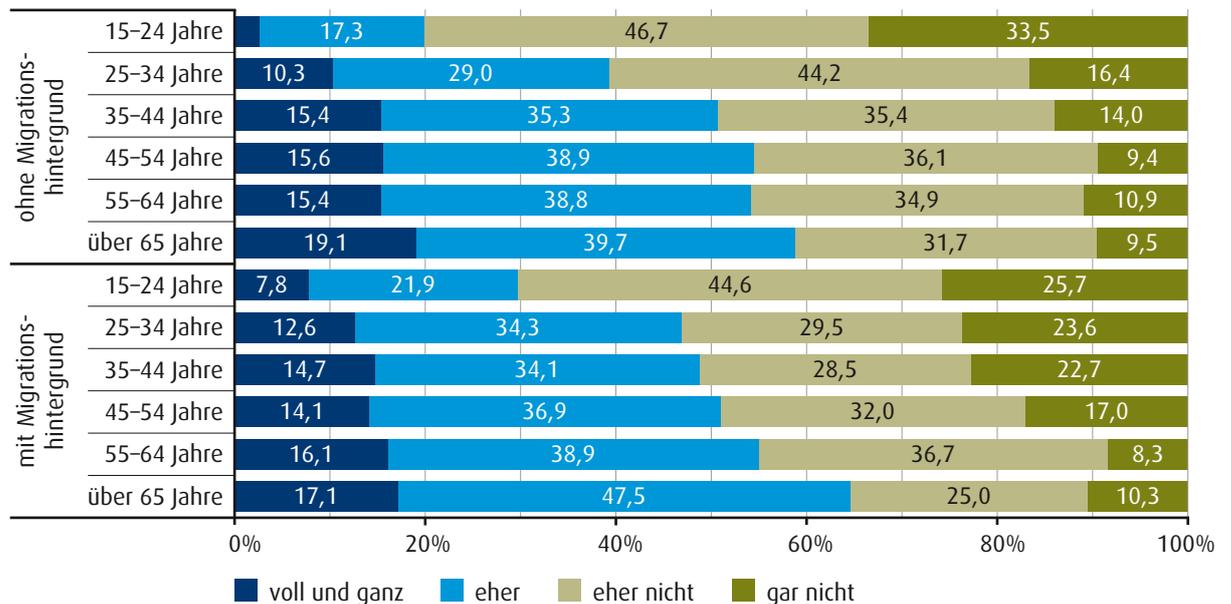
8 Weitergehende Analysen zeigen, dass es für die Beurteilung des Bildungsbereichs unerheblich ist, ob im Haushalt schulpflichtige Kinder leben.

9 Eine positivere Beurteilung ethnischer Heterogenität in Schulen wurde auch in einer Befragung der Bertelsmann Stiftung (2017) nachgewiesen: Von den unter 30-Jährigen sahen weniger als die Hälfte (44 Prozent) migrationsbedingte Probleme in Schulen. Bei den über 60-Jährigen waren es dagegen 76 Prozent.

10 Insgesamt ist der Alterseffekt bei Befragten mit und ohne Migrationshintergrund auch unter Berücksichtigung weiterer sozioökonomischer Faktoren stark ausgeprägt. Bei Menschen mit Migrationshintergrund spielt zudem eine Rolle, ob die Befragten aufgrund ihrer Herkunft diskriminiert worden sind. Liegen Diskriminierungswahrnehmungen vor, fällt die Einschätzung des Bildungsbereichs negativer aus (Abb. 14).



Abb. 4 „In Schulen mit vielen Migranten-Kindern lernen alle Kinder weniger.“ (nach Altersgruppen und Migrationshintergrund der Befragten)



Anmerkung: Aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen. Anteile unter 3 Prozent sind nicht ausgewiesen.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

Skepsis der Befragten gegenüber dem Bildungsbereich hängt daher sehr wahrscheinlich damit zusammen, dass dieser Teilbereich einen Sonderfall darstellt: In keinem anderen Bereich ist der Zugang und damit die Möglichkeit zu einem persönlichen und direkten Einblick auf eine verhältnismäßig kleine Bevölkerungsgruppe – die Schülerinnen und Schüler und das Lehrpersonal – beschränkt. Die altersspezifischen Unterschiede sind entsprechend deutlich an einzelnen zum Teilindex Bildung gehörenden Fragen sichtbar. Beispielsweise stimmen der Aussage, dass kulturell vielfältige Klassen generell weniger leistungsfähig sind, nur etwa 20 Prozent aus der jüngsten Altersgruppe ohne Migrationshintergrund zu. Bei den über 65-Jährigen sind es hingegen rund 59 Prozent (Abb. 4).

Ähnlich verteilen sich die altersspezifischen Zustimmungswerte bei den Befragten mit Migrationshintergrund. Der Unterschied bei den Einschätzungen zwischen den Jüngsten und den Ältesten ist hier mit rund 35 Prozent etwas geringer. **Daneben fällt auf, dass 15- bis 24-jährige mit Migrationshintergrund mit 30 Prozent deutlich häufiger von einer geringeren Leistungsfähigkeit kulturell vielfältiger Klassen ausgehen als Gleichaltrige ohne**

Migrationshintergrund. Dies könnte daran liegen, dass Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund weitaus häufiger in Schulklassen mit einem besonders hohen Anteil an Zuwanderinnen und Zuwanderern lernen (vgl. SVR-Forschungsbereich 2013). Diese Schulklassen bieten in einigen Fällen ungünstige Lernbedingungen, was sich auf die Einschätzung der Leistungsfähigkeit auswirken dürfte.

Die relativ negative Einschätzung des Bildungsbereichs gehört zu den Konstanten des SVR-Integrationsklima-Indexes. Ebenfalls gleichbleibend ist die verhältnismäßig positive Bewertung des Teilbereichs soziale Beziehungen. Wie bereits in den vorhergehenden Auflagen des Integrationsbarometers sind auch im Jahr 2020 die meisten Befragten bei der Bewertung kultureller Vielfalt in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis am optimistischsten. Auffällig sind hierbei insbesondere die mit 74 Punkten hohen IKI-Werte der Befragten ohne Migrationshintergrund, die den Bereich soziale Beziehungen weitaus positiver bewerten als alle anderen Teilbereiche (Abb. 2).

3 Die Corona-Pandemie als Herausforderung für Demokratie und Politik

Am 18. März 2020 richtete sich Bundeskanzlerin Angela Merkel angesichts der sich zum damaligen Zeitpunkt auch in Deutschland ausbreitenden Coronavirus-Pandemie in einer Ansprache an die Bürgerinnen und Bürger. Sie bezeichnete das **Virus als größte Herausforderung für das gemeinsame solidarische Handeln seit dem Zweiten Weltkrieg** (Bundesregierung 2020b). Seither hat sich die Ausbreitung des Coronavirus als Stresstest für die Demokratie in Deutschland erwiesen. In dem Bemühen, das Leben und die körperliche Unversehrtheit der Bürgerinnen und Bürger zu schützen (Art. 2 Abs. 2 GG), wurden andere Grund- bzw. Freiheitsrechte von staatlicher Seite teilweise eingeschränkt. Um ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen der Politik und den Bürgerinnen und Bürgern in der Demokratie nicht zu gefährden, müssen diese Einschränkungen transparent, überzeugend, dosiert und zeitlich begrenzt sein (Hafeneger 2020). Zwar gilt Deutschland weltweit durchaus als ein Best-Practice-Beispiel, was den Umgang mit der Corona-Pandemie betrifft (vgl. Arentz/Wild 2020; Koetsier 2020). Die Restriktionen hinsichtlich demokratischer Versammlungsrechte (Art. 8 GG) haben in Deutschland jedoch zu kontroversen Diskussionen und Protesten geführt, in deren Kontext manche auch die Demokratie gefährdet sahen.¹¹

Um vor dem Hintergrund des politischen Umgangs mit dem Coronavirus zu prüfen, ob und inwiefern die zu seiner Bekämpfung gewählten Mittel das Zusammenleben in der deutschen Einwanderungsgesellschaft verändert haben, ist es – wie in ‚Normalzeiten‘ – wichtig, weder die Bevölkerungsteile mit noch jene ohne

Migrationshintergrund als monolithische Blöcke zu betrachten. Die Gesamtbevölkerung kann nur in ihrer Vielfalt und vor dem Hintergrund zahlreicher Nuancen angemessen eingeschätzt werden. Das SVR-Integrationsbarometer 2020 bietet dazu eine hervorragende Datengrundlage (Info-Box 1): Mit Blick auf die dynamische Entwicklung der Corona-Pandemie lässt sich anhand der Barometerdaten u. a. überprüfen, ob sich die Zufriedenheit mit der Demokratie und das grundsätzliche Vertrauen in die Politik in Deutschland entscheidend verändert haben.¹² Dies erlaubt Rückschlüsse auf die Unterstützung des politischen Systems als Ganzes, die in Krisenzeiten für systemtragende Stabilität sorgt.¹³

Die Daten des SVR-Integrationsbarometers 2020 zeigen dabei ein klares Bild: Im betrachteten Zeitraum (s. Info-Box 2) wächst sowohl die Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland als auch das Vertrauen gegenüber der Politik insgesamt und der Bundesregierung im Besonderen. Im Laufe der Corona-Pandemie nähert sich in diesen drei Bereichen die zuvor kritischere Bewertung der Befragten ohne Migrationshintergrund an die positivere Einstellung der Befragten mit Migrationshintergrund an. Das hohe Vertrauen in die öffentlichen Institutionen Schule und Polizei verändert sich dagegen weniger stark (s. Kap. 4).

3.1 Erhöhte Demokratiezufriedenheit in Zeiten der Pandemie

Ist es im Rahmen eines politischen Systems nicht ausreichend möglich, auftretende Probleme zu bewältigen, mindert dies das Vertrauen in dessen

11 In der öffentlichen Debatte hierzu wurde ein Zusammenhang zu Diskursen der letzten Jahre hergestellt, in denen ein fehlender gesellschaftlicher Zusammenhalt unterstellt und damit einhergehend ‚der Politik‘ oder ‚der Demokratie‘ bisweilen pauschal eine Krise bescheinigt wurde. Auch manche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ermittelten „gesamtsystemische“ Krisen der Demokratie (vgl. hierzu Merkel 2016). Umfragen belegen aber, dass die Menschen in Deutschland auch in jüngerer Zeit die Demokratie grundsätzlich unterstützen (vgl. z. B. Bertelsmann Stiftung 2019: 47; Decker et al. 2018: 96–97; Decker et al. 2019: 10–11). Diese Unterstützung bezieht sich allerdings vorrangig auf Demokratie als ideales Prinzip. Das Vertrauen in konkrete demokratische Institutionen und ihre Vertreterinnen und Vertreter – vor allem solche mit repräsentativer Funktion – ist dagegen weitaus geringer (Bertelsmann Stiftung 2019: 71).

12 In der politikwissenschaftlichen Einstellungsforschung wird häufig grundsätzlich differenziert zwischen Einstellungen gegenüber der Demokratie als Ideal, der Zufriedenheit mit dem Funktionieren bzw. der konkreten Praxis der Demokratie, dem Vertrauen gegenüber Institutionen und dem Vertrauen gegenüber der Politik. Im Integrationsbarometer abgebildet werden neben der konkreten Demokratiezufriedenheit (Kap. 3.1) und dem Vertrauen in Institutionen (Kap. 4.) auch das Vertrauen in die Politik allgemein (Kap. 3.2). Bei Letzterem handelt es sich um eine analytisch nicht trennscharfe Kategorie, weil hierunter sowohl konkrete Politikfelder als auch politische Prozesse oder Institutionen verstanden werden können.

13 Systemtragende Stabilität gewährleistet, dass beispielsweise Unzufriedenheit mit Entscheidungen einer aktuellen Regierung in größeren Bevölkerungsteilen nicht umgehend in eine politische Systemkrise umschlägt (vgl. Decker et al. 2019).



Info-Box 2 Methodische Besonderheit aufgrund der Corona-Pandemie

Die im März 2020 von der deutschen Bundesregierung beschlossenen Regeln zur Eindämmung des Coronavirus (Bundesregierung 2020a) fielen fast exakt in die Mitte der Erhebungsphase des SVR-Integrationsbarometers 2020. Teil des Maßnahmenpakets waren u. a. bundesweite Kontakt- und Arbeitsbeschränkungen. Um die sich verändernden Einstellungen zu verschiedenen politischen Fragestellungen vor dem Hintergrund dieser gravierenden Einschränkungen persönlicher Freiheitsrechte hinlänglich analysieren zu können, wurde der Datensatz für die in den Kapiteln 3 und 4 aufgeführten Analysen geteilt: Der erste Zeitraum beinhaltet die Feldwochen 1–15

(25.11.2019–15.03.2020) und deckt die Phase vor Einführung der oben genannten Corona-Maßnahmen ab. Der zweite Zeitraum beinhaltet die Feldwochen 16–35 nach Inkrafttreten der Corona-Regeln (16.03.2020–03.08.2020). Durch diese Zweiteilung des Datensatzes kann eine herkunftsgruppenspezifische Betrachtung nur für Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedler sowie für die Herkunftsgruppen „EU“ und „übrige Welt“ vorgenommen werden. Die Herkunftsgruppe „Türkei“ kann aufgrund ihrer zu geringen Fallzahl hinsichtlich der Effekte der Corona-Pandemie auf die untersuchten Inhalte nicht einzeln betrachtet werden.

Leistungsfähigkeit. Werden Krisen bezwungen, kann dies das Vertrauen stärken. Laut erster Untersuchungen hat sich die Corona-Pandemie in Deutschland (Kühne et al. 2020) und weiteren europäischen Demokratien (Bol et al. 2020) positiv auf das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Demokratie ausgewirkt. Fraglich bleibt allerdings, worauf dieser Effekt beruht: Ein größeres Vertrauen in die Demokratie kann eine Reaktion auf politische Maßnahmen im Umgang mit der Pandemie sein. Es kann aber auch aus der Entwicklung der Krise selbst resultieren – wenn etwa ein Anstieg der Todeszahlen während der Pandemie dazu führt, dass besorgte Bürgerinnen und Bürger sich mit dem politischen System und seinen Institutionen solidarisieren (so z. B. Schraff 2020).¹⁴

Die Daten des SVR-Integrationsbarometers 2020 belegen, dass zwar die Demokratiezufriedenheit

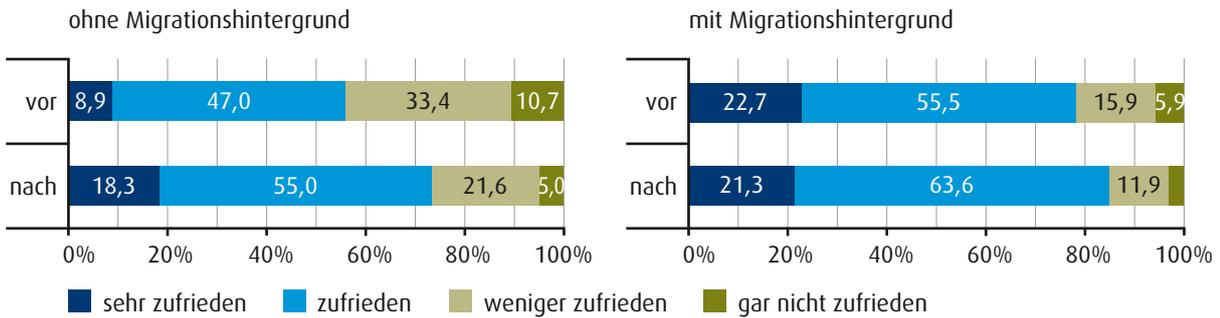
von Personen mit wie ohne Migrationshintergrund während der Pandemie steigt, sich die positiven Entwicklungen in beiden Gruppen aber zum Teil deutlich voneinander unterscheiden: Sind Befragte ohne Migrationshintergrund im betrachteten Zeitraum vor der sog. Lockdown-Regelung im März 2020 noch zu rund 44 Prozent „gar nicht“ oder „weniger“ mit der Art und Weise zufrieden, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, geben dies im Zeitraum nach dem Inkrafttreten der bundesweiten Corona-Maßnahmen nur noch rund 27 Prozent der Befragten an (Abb. 5).¹⁵ Bei Menschen mit Migrationshintergrund fällt diese Veränderung hin zu mehr Demokratiezufriedenheit zwar moderater aus, allerdings ausgehend von einem höheren Level der Zufriedenheit. Der Anteil derjenigen, die mit der Demokratie in Deutschland unzufrieden sind, fällt von rund 22 auf etwa 15 Prozent.¹⁶

14 Zugleich ist zu erwarten, dass entsprechende Einstellungen auf der individuellen Ebene je nach Betroffenheitsgrad unterschiedlich ausfallen: An COVID-19 Erkrankte nehmen ggf. andere Bewertungen vor als Personen, die ausschließlich den ökonomischen Folgen der Pandemie ausgesetzt sind (Brück et al. 2020).

15 Vor allem Menschen mit niedrigem Bildungsniveau ohne Migrationshintergrund stehen vor dem Lockdown der deutschen Demokratie kritisch gegenüber: Rund 59 Prozent – also die Mehrheit – sind „weniger“ oder „gar nicht“ mit der Art und Weise zufrieden, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert. Nach dem Eintreten der Corona-Maßnahmen ändert sich dieses Bild deutlich: Der Anteil der Unzufriedenen in dieser Befragtengruppe halbiert sich nahezu (auf rund 30 Prozent). Er liegt jedoch weiterhin weit über dem Anteil der Unzufriedenen unter den Höhergebildeten (rund 28 bzw. 16 Prozent). Unabhängig von der Corona-Pandemie sind Befragte in ostdeutschen Bundesländern (mit rund 48 Prozent) unzufriedener mit der Demokratie als Befragte in westdeutschen Bundesländern (rund 34 Prozent).

16 Unter den befragten Personen mit niedrigem Bildungsniveau und Migrationshintergrund sind vor dem Lockdown rund 23 Prozent „weniger“ oder „gar nicht“ mit der Demokratie in Deutschland zufrieden. Nach Einsetzen der Maßnahmen sinkt dieser Wert um 6 Prozentpunkte auf rund 17 Prozent. Im Vergleich zu Niedriggebildeten mit Migrationshintergrund sind jene ohne Migrationshintergrund in Corona-Zeiten fast doppelt so häufig unzufrieden mit der deutschen Demokratie. Der Anteil der unzufriedenen Befragten unter Höhergebildeten mit Migrationshintergrund (rund 12 Prozent) unterscheidet sich nach Einsetzen der Corona-Maßnahmen dagegen nur geringfügig vom Anteil der Unzufriedenen unter befragten Höhergebildeten ohne Migrationshintergrund (rund 16 Prozent).

Abb. 5 „Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, alles in allem ...“ (vor und nach den pandemiebedingten Einschränkungen)



Anmerkung: Aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen. Anteile unter 4 Prozent sind nicht ausgewiesen.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

Die Sicht der Befragten mit Migrationshintergrund auf die Demokratie in Deutschland ist demnach in beiden Zeiträumen positiver als die Einschätzung der Befragten ohne Migrationshintergrund. Die Einstellungen Letzterer nähern sich im Zuge des Pandemieverlaufs allerdings dem schon vor Inkrafttreten der Corona-Regeln (s. auch Info-Box 2) positiveren Einstellungsbild von Personen mit Migrationshintergrund ein Stück weit an.

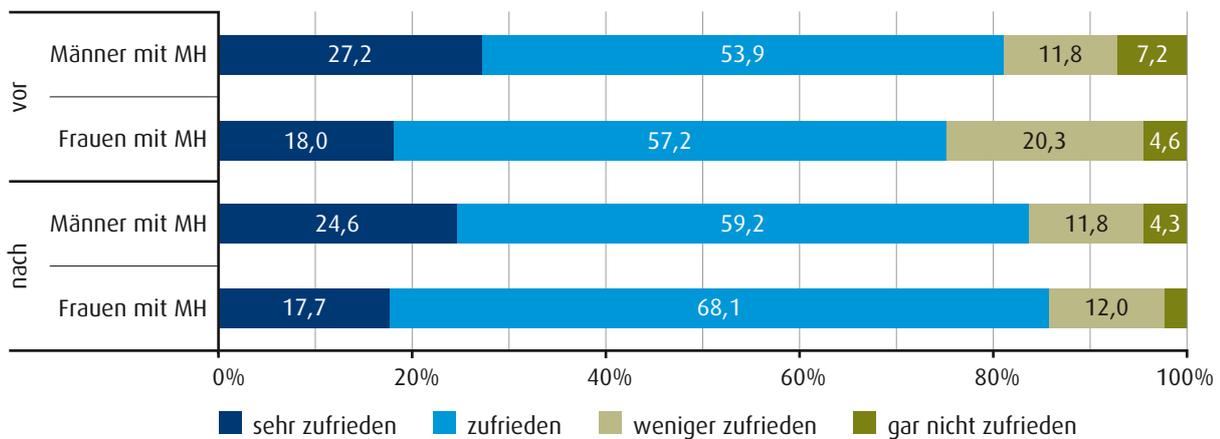
Innerhalb der Befragtengruppe mit Migrationshintergrund verringern sich darüber hinaus geschlechtsspezifische Unterschiede in der Demokratiezufriedenheit im Zeitraum nach den Corona-Maßnahmen geringfügig (Abb. 6). Vor Inkrafttreten der Corona-

Maßnahmen sind Frauen etwas häufiger „weniger zufrieden“ bzw. „gar nicht zufrieden“ als Männer. Dieser Unterschied fällt im Zeitraum nach den Corona-Beschränkungen etwas milder aus. Ein derartiger Effekt ist unter Befragten ohne Migrationshintergrund nicht erkennbar: Hier gibt es weder vor noch nach Inkrafttreten der Corona-Maßnahmen wesentliche Geschlechterunterschiede.

Befragte der Herkunftsgruppe „übrige Welt“ sind am zufriedensten

Innerhalb der Gruppe der Befragten mit Migrationshintergrund lassen sich herkunftsspezifische Unterschiede feststellen: So ändert sich beispielsweise das

Abb. 6 „Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, alles in allem ...“ (Befragte mit Migrationshintergrund [MH] nach Geschlecht; vor und nach den pandemiebedingten Einschränkungen)

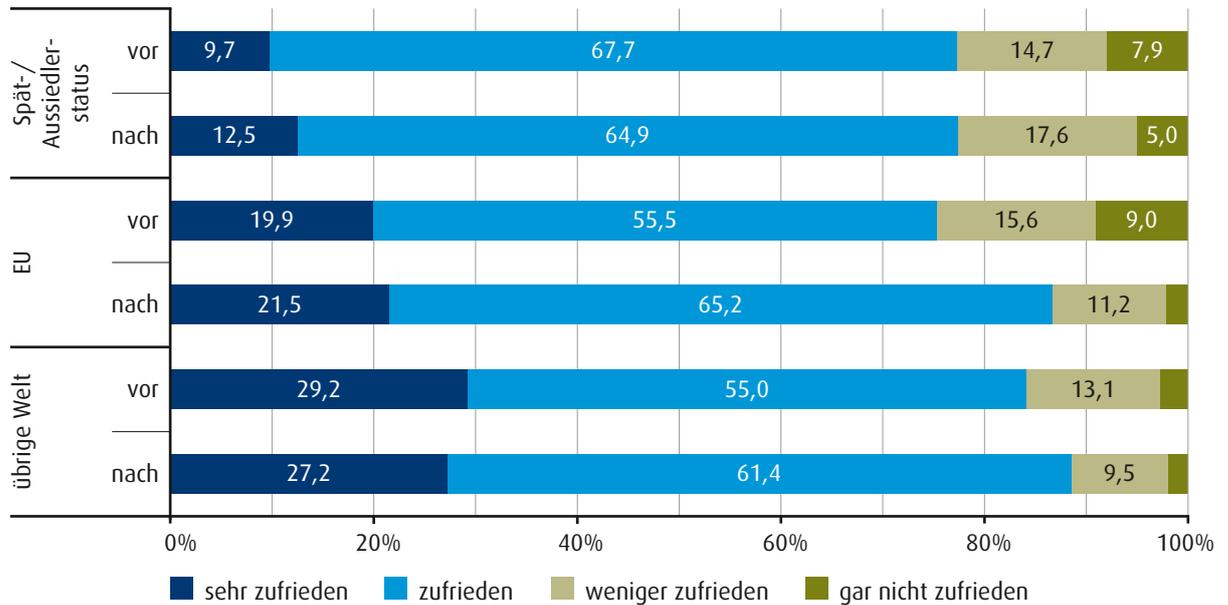


Anmerkung: Aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen. Anteile unter 4 Prozent sind nicht ausgewiesen.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten



Abb. 7 „Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, alles in allem ...“
(nach Herkunft der Befragten; vor und nach den pandemiebedingten Einschränkungen)



Anmerkung: Aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen. Anteile unter 3 Prozent sind nicht ausgewiesen.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

Einstellungsbild von Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedlern in der Corona-Krise kaum, während EU-Migrantinnen und EU-Migranten im Zeitraum nach dem Lockdown deutlich zufriedener mit dem Funktionieren der Demokratie sind als im Zeitraum davor (Abb. 7). **Am höchsten ist jedoch die Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland in der Herkunftsgruppe „übrige Welt“.**¹⁷ In jüngerer Zeit Zugewanderte (Aufenthaltsdauer „bis zehn Jahre“) geben zu über 90 Prozent sowohl vor als auch nach dem Lockdown an, „zufrieden“ oder „sehr zufrieden“ damit zu sein, wie Demokratie in Deutschland funktioniert (Abb. 8). Bei Befragten ohne Migrationshintergrund, die sich seit mehr als zehn Jahren in Deutschland aufhalten, zeigt sich – wie bei Befragten ohne Migrationshintergrund – über den Zeitraum des Lockdowns hinweg eine steigende Demokratiezufriedenheit: Der Anteil derjenigen, die mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland (sehr) zufrieden sind, erhöht sich von rund 74 auf 82 Prozent.

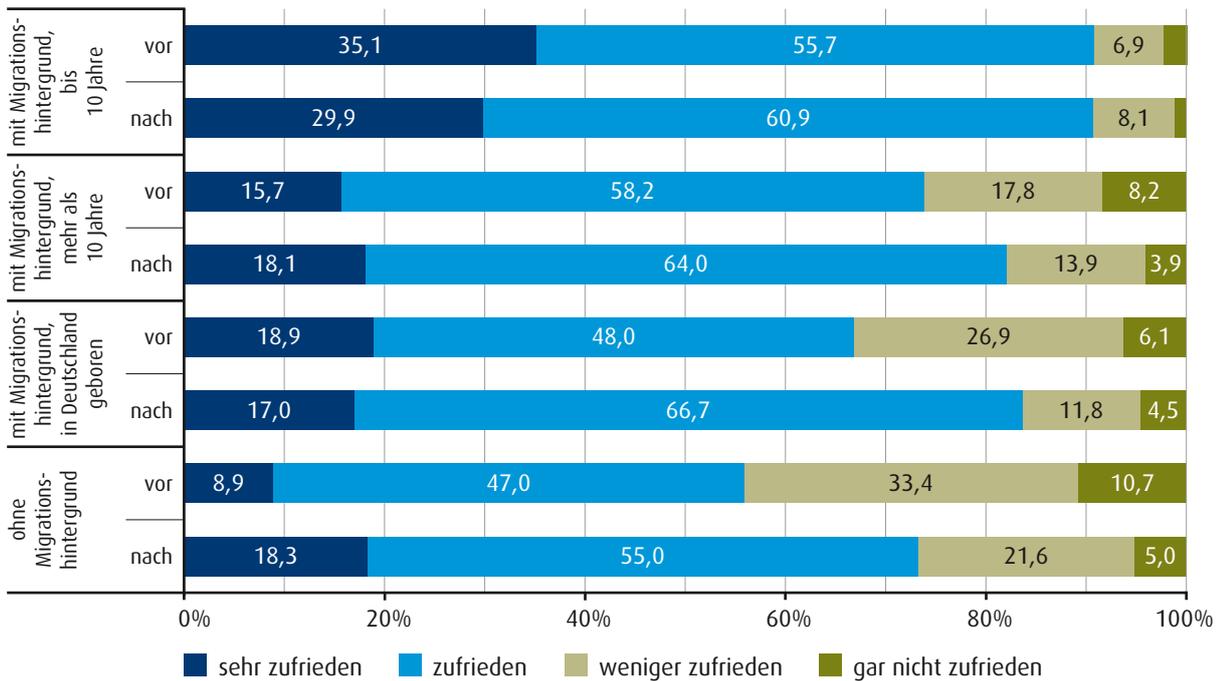
Eine Art ‚Honeymoon-Effekt‘?

Erst kürzlich nach Deutschland Zugewanderte sind – sowohl vor als auch nach dem Lockdown – mit der Demokratie hierzulande zufriedener als Zuwanderinnen und Zuwanderer, die schon länger in Deutschland leben. Da bei dieser Befragtenengruppe kaum eine Veränderung im Befragungszeitraum feststellbar ist, liegt die Vermutung nahe, dass sich ein anfänglich positives Bild vom demokratischen Geschehen im Land unter Zugewanderten bei fortlaufendem Aufenthalt ein Stück weit eintrübt. Inwiefern dies bei Menschen mit Migrationserfahrung und längerem Aufenthalt tatsächlich auf eine Art Ernüchterung oder eine Angleichung an das negativere Meinungsbild von Personen ohne Migrationshintergrund zurückzuführen ist, lässt sich anhand der vorliegenden Querschnittsdaten¹⁸ jedoch nicht sicher beantworten. **Besonders mit Blick auf die Herkunftsgruppe „übrige Welt“ scheint aber durchaus plausibel, dass viele Befragte, eine**

17 Die Herkunftsgruppe „übrige Welt“ ist hinsichtlich der herkunftslandspezifischen Zusammensetzung die heterogenste Gruppe des SVR-Integrationsbarometers. Zu den häufigsten Herkunftsländern gehören Syrien, Russland, Irak, Iran und Afghanistan.

18 Querschnittsdaten sind Daten, für deren Erhebung eine Auswahl von Befragten nur einmal interviewt wurde. Wenn die gleichen Befragten mehr als einmal in einem gewissen zeitlichen Abstand für die gleiche Befragung herangezogen werden, spricht man von einer Längsschnittstudie. Querschnittsdatensätze können Zusammenhänge deutlich machen, aber keine Kausalitäten offenlegen.

Abb. 8 „Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, alles in allem ...“ (nach Aufenthaltsdauer und Generation; vor und nach den pandemiebedingten Einschränkungen)



Anmerkung: Aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen. Anteile unter 3 Prozent sind nicht ausgewiesen.

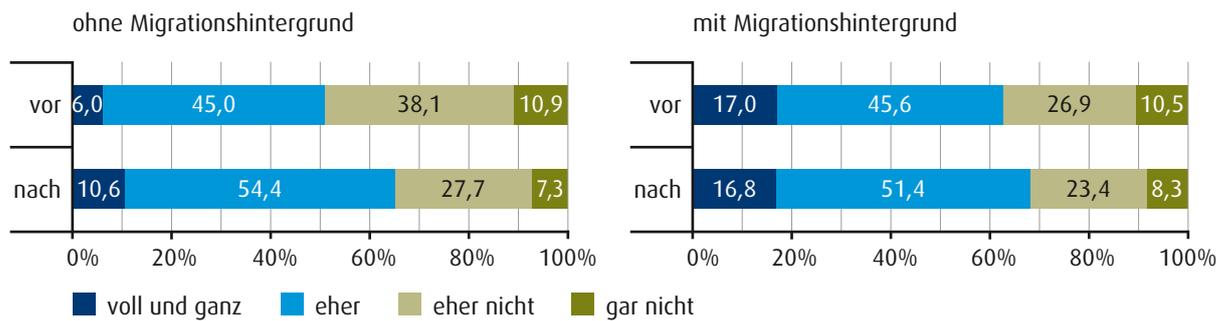
Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

negative – oder keine – Erfahrung im Umgang mit Demokratie im Herkunftsland vorausgesetzt, die Demokratie im Einwanderungsland vergleichsweise positiver bewerten bzw. ihr einen „Vertrauensvorschluss“ gewähren. In dieser Herkunftsgruppe sind vergleichsweise viele Befragte erst in den letzten Jahren – häufig aus autoritär regierten Ländern – zugewandert. Sie befinden sich demnach möglicherweise in einer ‚Honeymoon-Phase‘ mit der deutschen Demokratie (vgl. Raschke/Westle 2018: 326–327).¹⁹ Wie der Begriff impliziert, ist diese jedoch zeitlich begrenzt. Auch in der Herkunftsgruppe „übrige Welt“ nimmt die Demokratiezufriedenheit der Befragten ab, wenn sie sich seit mehr als zehn Jahren in Deutschland aufhalten. Sie gleichen sich damit tendenziell an die hier schon länger lebende Bevölkerung mit oder ohne Zuwanderungsgeschichte an.

3.2 Das Vertrauen in die Politik steigt in der Krise

Der politische Umgang mit der Corona-Pandemie auf nationaler und internationaler Ebene stand vor allem zwischen März und Mai 2020 im Mittelpunkt der Berichterstattung zentraler deutscher Nachrichtenformate (vgl. IFEM 2020) – dies ist zwar seit Beginn der zweiten Infektionswelle und zum Erscheinungsdatum dieser Publikation wieder der Fall, die Erhebung des IB endete aber im August 2020 vor dem erneuten Anstieg der Infektionszahlen. In Deutschland standen Akteure aller Stufen des föderalen Systems vor der Herausforderung, den gesundheitlichen und ökonomischen Auswirkungen der Pandemie mit adäquaten politischen Maßnahmen zu begegnen. Vor dem Hintergrund, dass die in der Folge etablierten Einschränkungen zum Teil

¹⁹ Diesem Interpretationsansatz steht entgegen, dass durchaus auch bestimmte Kohorten der anderen hier aufgeführten Herkunftsgruppen aus autokratisch regierten Regionen stammen – etwa aus Russland in der Gruppe der Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedler.

Abb. 9 „Und wie sehr vertrauen Sie der Politik?“ (vor und nach den pandemiebedingten Einschränkungen)


Anmerkung: Aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

erhebliche Eingriffe in persönliche Freiheitsrechte darstellen, ist ein grundsätzliches Vertrauen der Gesellschaft in die Politik²⁰ von zentraler Bedeutung. Ohne dieses Vertrauen drohen bei starken Eingriffen seitens der Politik Ängste unter Bürgerinnen und Bürgern um ihre Grundrechte, ihre soziale Existenz und vor einem Kontrollverlust über das eigene Leben zuzunehmen (vgl. Hafener 2020). Manifestieren sich solche Ängste langfristig, kann dies dazu führen, dass eine systemkritische Schwelle überschritten und der Politik insgesamt das Vertrauen entzogen wird (vgl. Decker et al. 2019: 5).

Im betrachteten Zeitraum hat die Politik den Belastungstest Corona-Pandemie mit Blick auf das ihr durch die Bevölkerung entgegengebrachte Vertrauen offenbar bestanden: Das Vertrauen in die Politik ist bei Personen ohne Migrationshintergrund zwischen März und August 2020 gestiegen (Abb. 9). Vertrauen vor den Corona-Maßnahmen im März 2020 rund 51 Prozent der Befragten ohne Migrationshintergrund deutscher Politik „voll und ganz“ oder „eher“, vergrößert sich dieser Anteil im zweiten Befragungszeitraum auf rund 65 Prozent.²¹

Bei Befragten mit Migrationshintergrund gibt es einen ähnlichen Trend steigender Zufriedenheit, der zwar moderater ausfällt als bei Personen ohne Migrationshintergrund, jedoch von einem deutlich höheren Grundlevel der Zufriedenheit ausgeht: Rund 63 Prozent vertrauen der Politik vor, rund 68 Prozent nach dem Inkrafttreten der Corona-Maßnahmen. **Ähnlich den Einstellungen zur Demokratie (s. Kap. 3.1) nähern sich die vor der Corona-Krise kritischeren Einstellungen der Befragten ohne Migrationshintergrund der positiveren Sichtweise der Befragten mit Migrationshintergrund an.**²²

Mehr Vertrauen in die Politik bei in jüngster Zeit Zugewanderten sowie bei Befragten der Herkunftsgruppe „übrige Welt“

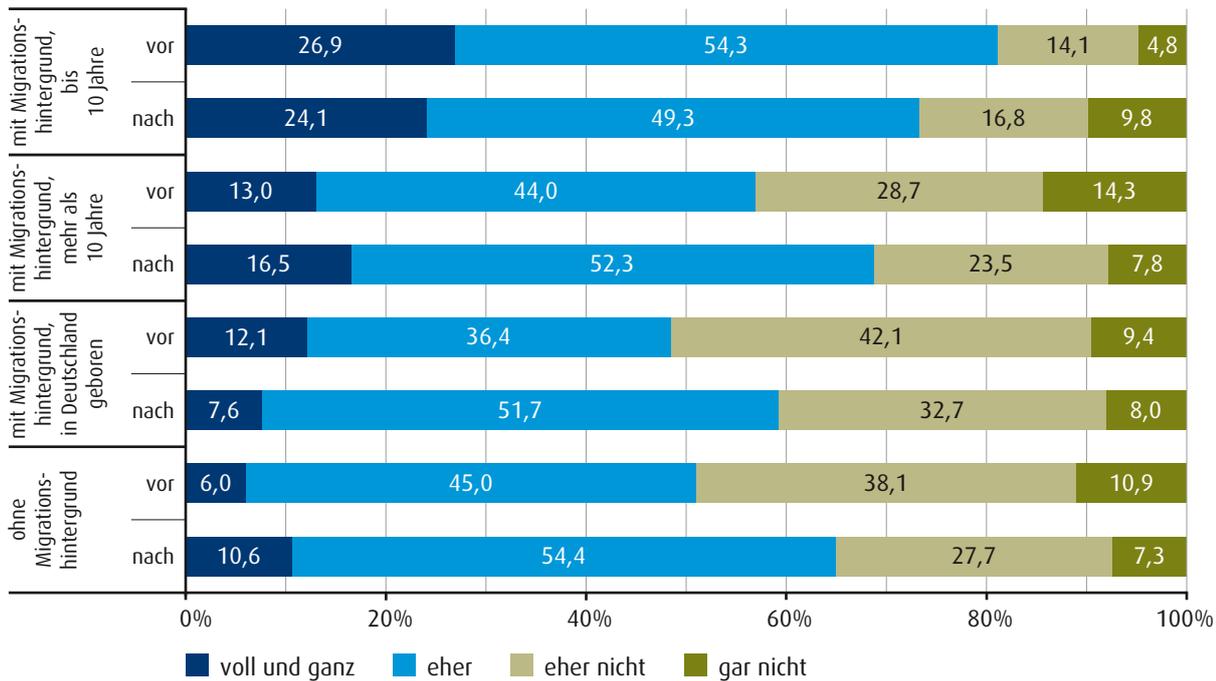
Ähnlich den Einstellungen zur Demokratiezufriedenheit fällt bei Befragten mit Migrationshintergrund auf, dass **unter denjenigen mit eigener Migrationserfahrung und einer Aufenthaltsdauer in Deutschland von bis zu zehn Jahren das Vertrauen in die Politik größer ist als bei Befragten, die schon seit längerem (mehr als zehn Jahre) in Deutschland leben** (Abb. 10).

²⁰ Für eine Auseinandersetzung mit einzelnen Institutionen s. Kap. 4.

²¹ Allerdings vertrauen Befragte in ostdeutschen Bundesländern der Politik im Durchschnitt weniger als Befragte aus westdeutschen Bundesländern. Sowohl vor als auch nach dem Lockdown gibt in ostdeutschen Bundesländern eine knappe Mehrheit der Befragten (rund 52 Prozent) an, „gar nicht“ oder „eher nicht“ mit der Politik zufrieden zu sein. Dieser Anteil fällt unter Befragten aus westdeutschen Bundesländern geringer aus (rund 41 Prozent).

²² Ob Befragte – mit oder ohne Migrationshintergrund – der Politik vertrauen, hängt mit ihrem Bildungsgrad zusammen: Rund 58 Prozent der Personen mit niedrigem Bildungsniveau ohne Migrationshintergrund vertrauen der Politik vor den Corona-Maßnahmen „gar nicht“ oder „eher nicht“. Nach Inkrafttreten der Corona-Maßnahmen sind nur noch rund 40 Prozent dieser Gruppe entsprechend eingestellt. Erneut fällt dieser Unterschied bei den Befragten mit Migrationshintergrund moderater aus (rund 44 Prozent vor, rund 39 Prozent nach Einsetzen der Corona-Maßnahmen). Höhergebildete ohne Migrationshintergrund vertrauen der Politik im Zeitraum vor dem Lockdown „gar nicht“ oder „eher nicht“ zu rund 37 Prozent (im Zeitraum nach dem Lockdown zu rund 21 Prozent). Höhergebildete mit Migrationshintergrund vertrauen der Politik im ersten Zeitraum zu rund 31 Prozent „gar nicht“ oder „eher nicht“, im zweiten zu rund 22 Prozent.

Abb. 10 „Und wie sehr vertrauen Sie der Politik?“ (nach Aufenthaltsdauer und Generation; vor und nach den pandemiebedingten Einschränkungen)



Anmerkung: Aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

Zwar sinkt das zunächst extrem große Vertrauen in die Politik unter den in jüngerer Zeit Zugewanderten nach dem Inkrafttreten der Corona-Regeln. Zugleich aber sind die Anteile derjenigen, die der deutschen Politik „eher nicht“ oder „gar nicht“ vertrauen, in dieser Gruppe in beiden Zeiträumen geringer als bei Befragten, die schon längere Zeit in Deutschland leben. In Deutschland Geborene mit Migrationshintergrund vertrauen der deutschen Politik im Vergleich weitaus weniger (Abb. 10).

Auch zwischen den einzelnen Herkunftsgruppen treten Unterschiede hinsichtlich des Vertrauens in die deutsche Politik – sowie der Entwicklung des Vertrauens während der Corona-Maßnahmen – zutage: Befragte der Herkunftsgruppe „übrige Welt“ sind erneut am zuversichtlichsten; die Veränderung ihres Einstellungsbildes vor und nach dem Lockdown fällt moderat positiv aus (Abb. 11). Am skeptischsten eingestellt ist vor wie nach Einführung der Corona-Maßnahmen die

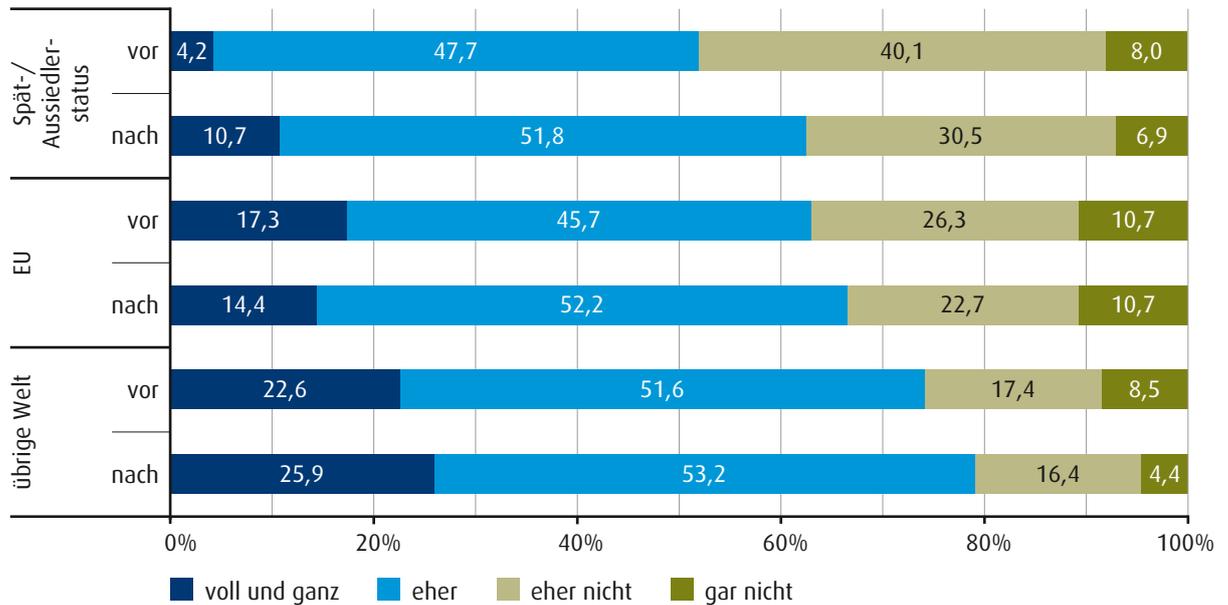
Gruppe der Spät-/Aussiedlerinnen und Spät-/Aussiedler. Ein Aufwärtstrend hinsichtlich des Vertrauens in die Politik zeigt sich aber über alle Gruppen hinweg.

Dass das Vertrauen in die Politik in der Herkunftsgruppe „übrige Welt“ deutlich höher ausfällt als dasjenige der aufgeführten Vergleichsgruppen, ähnelt Befunden von Studien, die das Vertrauen von Zugewanderten in die politischen Institutionen des Einwanderungslandes beschreiben (vgl. Röder/Mühlau 2012: 777-778). Demnach haben in jüngster Zeit aus autoritär regierten Ländern Zugewanderte zunächst ein größeres Vertrauen in die politischen Institutionen europäischer Länder als die dort lebenden Personen ohne Migrationshintergrund. Diese „*over-confidence*“ werde schwächer, je länger sie sich im Einwanderungsland aufhalten.²³ Mit Blick auf die sog. externe politische Selbstwirksamkeit haben auch der SVR-Forschungsbereich und das DeZIM-Institut (2019) auf einen vergleichbaren Eintrübungseffekt verwiesen: Neuzugewanderte bewerteten die

23 Zugleich wurde festgestellt, dass Befragte der zweiten Generation politischen Institutionen seltener vertrauen als Personen ohne Migrationshintergrund (vgl. Röder/Mühlau 2012: 785; s. Abb. 10).



Abb. 11 „Und wie sehr vertrauen Sie der Politik?“ (nach Herkunftsgruppen der Befragten; vor und nach den pandemiebedingten Einschränkungen)



Anmerkung: Aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen.
Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

Frage, inwieweit Politikerinnen und Politiker sich bereitwillig um die Anliegen der Bevölkerung kümmern und deren Interessen aufgreifen, im Integrationsbarometer 2018 deutlich positiver als Eingewanderte, die schon deutlich länger in Deutschland leben, sowie als Menschen ohne Migrationshintergrund. **In ähnlicher Weise wie bei der Demokratiezufriedenheit greift ggf. auch hinsichtlich des allgemeinen Vertrauens in die Politik eine Art ‚Honeymoon-Effekt‘.**

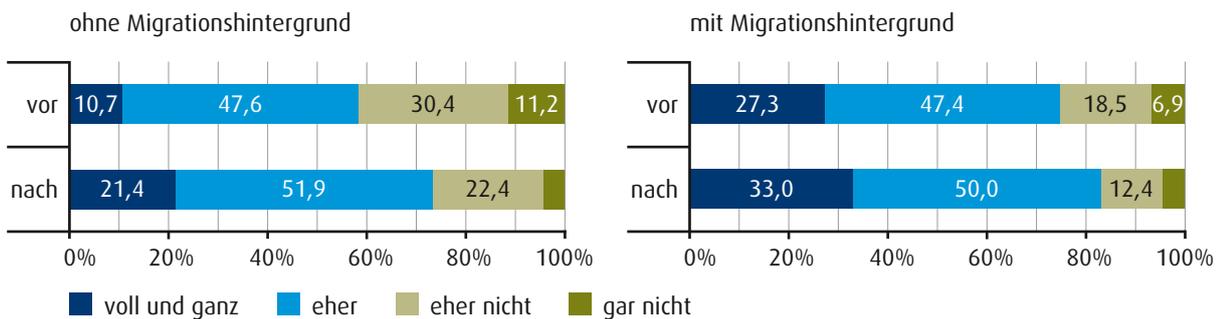
Insgesamt zeigen die Einstellungsbilder der Befragten sehr deutlich, dass es während der politischen Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung nicht zu einer erhöhten Unzufriedenheit mit der Leistungsfähigkeit der Demokratie oder einer wachsenden Politikskepsis gekommen ist. Im Gegenteil: **Die Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland und das Vertrauen in die hiesige Politik insgesamt haben im Laufe der Pandemie im Untersuchungszeitraum zugenommen, und dies je nach Befragtengruppe zum Teil beträchtlich.**

3.3 Die Bundesregierung punktet als Krisenmanager

Zwischen März und Mai 2020, in der Zeit der im Befragungszeitraum schärfsten Beschränkungen infolge der Corona-Pandemie, standen die Politik insgesamt, vor allem aber die Bundesregierung und ihre einzelnen Mitglieder im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses (s. IFEM 2020). Der Beschluss der Bundesregierung und der Landesregierungen, bundesweite Kontaktbeschränkungen einzuführen, zählt zu den weitreichendsten politischen Entscheidungen der Nachkriegszeit. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie die Regierten – mit oder ohne Migrationshintergrund – die Rolle der Regierenden und konkret der Bundesregierung bzw. deren Umgang mit der Corona-Krise wahrnehmen. Die Ergebnisse des SVR-Integrationsbarometers 2020 zeigen: **Das Vertrauen in die Bundesregierung ist in den Monaten nach dem Erlass der Corona-Regeln zur Eindämmung der Pandemie gewachsen.**²⁴

²⁴ Eine positive Entwicklung der Einstellungen zur Arbeit der Bundesregierung in Reaktion auf die erste Welle der Pandemie wurde ebenfalls (für die Gesamtbevölkerung) von der Forschungsgruppe Wahlen e. V. (2020) nachgewiesen.

Abb. 12 „Sagen Sie mir bitte, wie sehr Sie persönlich den folgenden Institutionen in Deutschland vertrauen: ... der Bundesregierung“ (vor und nach den pandemiebedingten Einschränkungen)



Anmerkung: Aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen. Anteile unter 5 Prozent sind nicht ausgewiesen.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

Im beobachteten Zeitraum vor Inkrafttreten der Corona-Maßnahmen vertrauen rund 58 Prozent der Befragten ohne Migrationshintergrund der Bundesregierung „voll und ganz“ bzw. „eher“ (Abb. 12). Im Zeitraum danach sind es in dieser Befragtengruppe rund 73 Prozent. Das Vertrauen in die Bundesregierung ist also im Zuge der ersten Welle der Corona-Pandemie um 15 Prozentpunkte gewachsen. **Besonders auffällig ist, dass sich im Beobachtungszeitraum der Anteil derjenigen, die der Bundesregierung „gar nicht“ vertrauen, mehr als halbiert. Zugleich verdoppelt sich der Anteil derjenigen, die der Bundesregierung „voll und ganz“ vertrauen.**²⁵ Befragte aus ostdeutschen Bundesländern vertrauen der Bundesregierung grundsätzlich weniger stark als Personen aus westdeutschen Bundesländern.²⁶

Auch bei Befragten mit Migrationshintergrund hellt sich die Einstellung gegenüber der Bundesregierung im Laufe der Pandemie auf – weniger deutlich, aber ausgehend von einem höheren Niveau: von rund 75 Prozent im Zeitraum vor den Corona-Maßnahmen, die der Bundesregierung „voll und ganz“ oder „eher“

vertrauen, auf rund 83 Prozent im Zeitraum danach (also um 8 Prozentpunkte).²⁷ **Auffällig ist bei Befragten mit Migrationshintergrund erneut das insgesamt – vor allem vor dem Inkrafttreten der Corona-Maßnahmen – positivere Meinungsbild mit Blick auf das Vertrauen in die Bundesregierung.** Unterschieden nach Herkunftsgruppe vertrauen die Befragten der „übrigen Welt“ der Bundesregierung vor und nach den Corona-Maßnahmen am häufigsten.²⁸

Grundsätzlich lässt sich zudem festhalten, dass der Anteil der Befragten, die der Bundesregierung „voll und ganz“ vertrauen, durchweg höher ist, als es hinsichtlich des Vertrauens in die deutsche Politik insgesamt (s. Kap. 3.2.) der Fall ist.

4 Einstellungen zu Schule und Polizei in Zeiten von COVID-19

Vor allem die Polizei und das Schulwesen stehen in der Corona-Pandemie unter kritischer Beobachtung und besonderem Handlungsdruck: Der Polizei obliegt es,

25 Der Anteil der Menschen mit niedrigem Bildungsniveau, die der Bundesregierung „gar nicht“ vertrauen, fällt von rund 17 Prozent im Zeitraum vor den Maßnahmen auf rund 4 Prozent im Zeitraum danach. Zugleich verdoppelt sich in dieser Befragtengruppe der Anteil derjenigen, die der Bundesregierung „voll und ganz“ vertrauen (von rund 12 auf 24 Prozent).

26 Der Anteil der Befragten aus ostdeutschen Bundesländern, die der Bundesregierung „gar nicht“ oder „eher nicht“ vertrauen, liegt bei rund 43 Prozent. Bei Befragten aus westdeutschen Bundesländern beläuft sich dieser Anteil auf 33 Prozent.

27 Bei Befragten mit Migrationshintergrund sind zwischen den beobachteten Zeiträumen Verschiebungen in Richtung ‚mehr Vertrauen‘ in allen Bildungsmilieus erkennbar. Die Veränderungen fallen aber erneut weitaus moderater aus als bei den Befragten ohne Migrationshintergrund – zudem liegen die Anteile derjenigen, die der Bundesregierung „voll und ganz“ vertrauen, in allen Bildungsmilieus höher als bei Befragten ohne Migrationshintergrund.

28 Im Zeitraum nach den Corona-Maßnahmen liegt das Vertrauen in die Bundesregierung innerhalb dieser Gruppe bei rund 92 Prozent.



die von der Bundesregierung veranlassten Maßnahmen in ihrer Umsetzung zu kontrollieren, wobei zum Teil Grundrechte eingeschränkt werden; die Schulen mussten zeitweise vollständig auf virtuellen Betrieb umstellen. Die Ergebnisse des SVR-Integrationsbarometers 2020 zeigen: Das Vertrauen in die Institution Schule wächst in Deutschland im beobachteten Zeitraum bei Befragten ohne Migrationshintergrund leicht an. Bei Befragten mit Migrationshintergrund bleibt es mehrheitlich positiv stabil. Zugleich ist in beiden Befragtengruppen ein großes Vertrauen in die Polizei zu konstatieren. Im Vergleich zur grundsätzlich gestiegenen Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland und dem gewachsenen Vertrauen in die Politik insgesamt und der Bundesregierung im Besonderen ist das Vertrauen in die hier betrachteten Institutionen Schule und Polizei auf einem konstant hohen Niveau.

4.1 Stabiles Vertrauen in die Institution Schule trotz ungewisser Zeiten

Ab Mitte März 2020 wurden angesichts der fortschreitenden Corona-Pandemie schrittweise flächendeckende Schul- und Kitaschließungen beschlossen und fortlaufend verlängert. In Kitas wurden zum Teil Notbetreuungen für Eltern in systemrelevanten Berufen eingerichtet. In Schulen erfolgte erst nach den Sommerferien 2020 eine graduelle – je nach Bundesland von unterschiedlichen Hygieneauflagen begleitete – Rückkehr zum Regelbetrieb. Einzelne Klassen bzw. Schulen mussten seither jedoch aufgrund von Krankheits- oder Verdachtsfällen zeitweise wieder schließen. Die Schulschließungen betrafen nicht nur Schülerinnen und Schüler und deren Lehrerinnen und Lehrer, sondern die Familien insgesamt. Eltern

mussten ihre schulpflichtigen Kinder selbst betreuen und unterrichten bzw. beim digitalen Unterricht unterstützen – und den dadurch entstehenden Zeitaufwand mit ihren beruflichen Verpflichtungen in Einklang bringen. In diesem Zuge wurde der Zustand mancher Schule kritisiert, z. B. deren unzureichende oder fehlende Möglichkeiten, digitales Lernen zu gewährleisten oder Hygienemaßnahmen in der Praxis umzusetzen. Im Zusammenhang mit Schulschließungen wurde auch das Wohl von Kindern aus sozial benachteiligten Familien diskutiert und die Frage, ob sie von ihnen in besonderer Weise betroffen sind (vgl. Kramer 2020). Dies ist für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund besonders relevant, da sie häufiger aus sozial schwachen Familien kommen und dort oft nicht die gleiche Unterstützung erfahren können wie viele Gleichaltrige ohne Migrationshintergrund (SVR-Forschungsbereich 2016: 52–69).²⁹

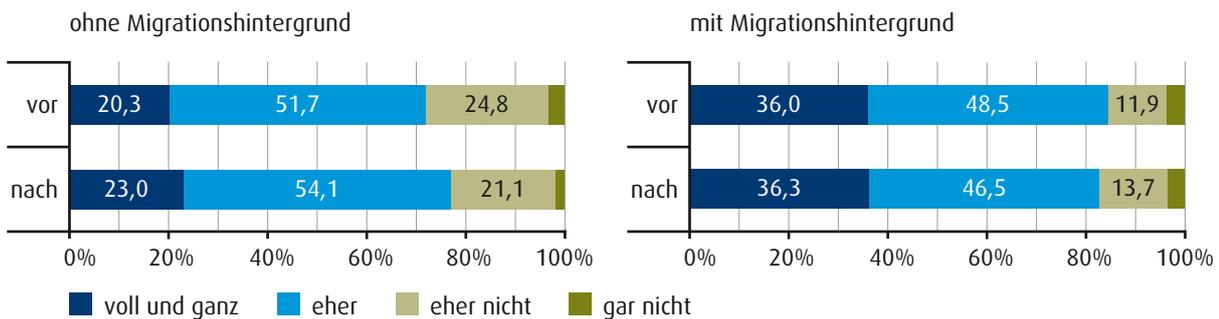
Obwohl diese Entwicklungen für die Schulen, die Lehrenden, Lernenden und die Eltern sehr herausfordernd sind und große Anstrengungen abverlangen, nimmt das Vertrauen der Befragten ohne Migrationshintergrund in das öffentliche Schulwesen im betrachteten Zeitraum leicht zu. 72 Prozent von ihnen geben im Zeitraum vor und rund 77 Prozent im Zeitraum nach Inkrafttreten der Corona-Maßnahmen an, der Institution Schule „voll und ganz“ bzw. „eher“ zu vertrauen (Abb. 13).³⁰

Bei den Befragten mit Migrationshintergrund ist mit Blick auf die Corona-Pandemie keine Entwicklung hinsichtlich des Vertrauens in das Schulwesen erkennbar. Vielmehr zeigt sich ein konstant hohes – und im Vergleich zu Menschen ohne Migrationshintergrund erneut höheres – Vertrauensniveau: In beiden Zeiträumen geben jeweils über 80 Prozent der Befragten mit Migrationshintergrund an, dem

29 Die schulischen Kompetenzen von jungen Menschen mit Migrationshintergrund bleiben weiterhin erheblich hinter denen von Gleichaltrigen ohne Migrationshintergrund zurück. Menschen mit Migrationshintergrund sind allerdings nicht grundsätzlich bildungsbenachteiligt. Bei gleichem Bildungshintergrund der Eltern und gleicher sozioökonomischer Lage erzielen Jungen und Mädchen aus bestimmten Herkunftsgruppen (z. B. der spanischen oder vietnamesischen Herkunftsgruppe) überdurchschnittlich gute Ergebnisse (SVR 2020).

30 Nach dem Lockdown vertrauen Männer dem deutschen Schulwesen signifikant mehr als Frauen. Ebenfalls festzustellen ist, dass Männer insgesamt in der zweiten Befragungshälfte positiver urteilen als in der ersten. Letzteres trifft in dieser Deutlichkeit nicht auf die Frauen zu.

Abb. 13 „Sagen Sie mir bitte, wie sehr Sie persönlich den folgenden Institutionen in Deutschland vertrauen: ... dem öffentlichen Schulwesen“ (vor und nach den pandemiebedingten Einschränkungen)



Anmerkung: Aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen. Anteile unter 4 Prozent sind nicht ausgewiesen.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

öffentlichen Schulwesen „voll und ganz“ oder „eher“ zu vertrauen.³¹ Dieses konstant positive Einstellungsbild erstreckt sich über alle Herkunftsgruppen. Die Herkunftsgruppe „übrige Welt“ sticht (erneut) insofern hervor, als dass das Vertrauen hier zu beiden Zeitpunkten mit etwa 90 Prozent am höchsten ausfällt.³²

Befragten der zweiten bzw. dritten Generation häufiger wahrgenommen werden, ist möglicherweise darauf zurückzuführen, dass diese höher qualifizierten Betroffenen einen stärkeren Anspruch an Teilhabe und Zugehörigkeit entwickelt haben (das sog. Integrationsparadoxon; vgl. El-Mafaalani/Waleciak/Weitzel 2017).

Diskriminierungserfahrungen mindern das Vertrauen in die Institution Schule

Die Daten des SVR-Integrationsbarometers 2020 zeigen allerdings auch, dass Diskriminierungserfahrungen die positive Einschätzung von Schule eintrüben: Bei Befragten mit Migrationshintergrund, die angeben, in den letzten fünf Jahren aufgrund ihrer Herkunft benachteiligt worden zu sein, ist das Vertrauen gegenüber dem öffentlichen Schulwesen geringer ausgeprägt (Abb. 14).³³

Besonders deutlich wird dieses Phänomen bei in Deutschland geborenen Befragten mit Migrationshintergrund. Dass Benachteiligungen von in der Regel besser gebildeten und höhere Einkünfte erzielenden

4.2 Die Polizei zwischen Corona-Maßnahmen und Rassismus-Debatte

Um die innere Sicherheit in der Ausnahmesituation der Corona-Pandemie zu gewährleisten, wurden die Aufgaben der deutschen Polizei erweitert: So setzte etwa die Bundespolizei die ab dem 17. März 2020 eingeführten Einreisebeschränkungen an den deutschen Schengen-Außengrenzen um, die in der Folge – ab dem 2. Juli 2020 – teilweise wieder gelockert wurden (BMI 2020a). Auch die Polizeibehörden der Länder erhöhten die Polizeipräsenz im öffentlichen Raum für Personenkontrollen sowie Kontrollen in Betrieben und Privatwohnungen.

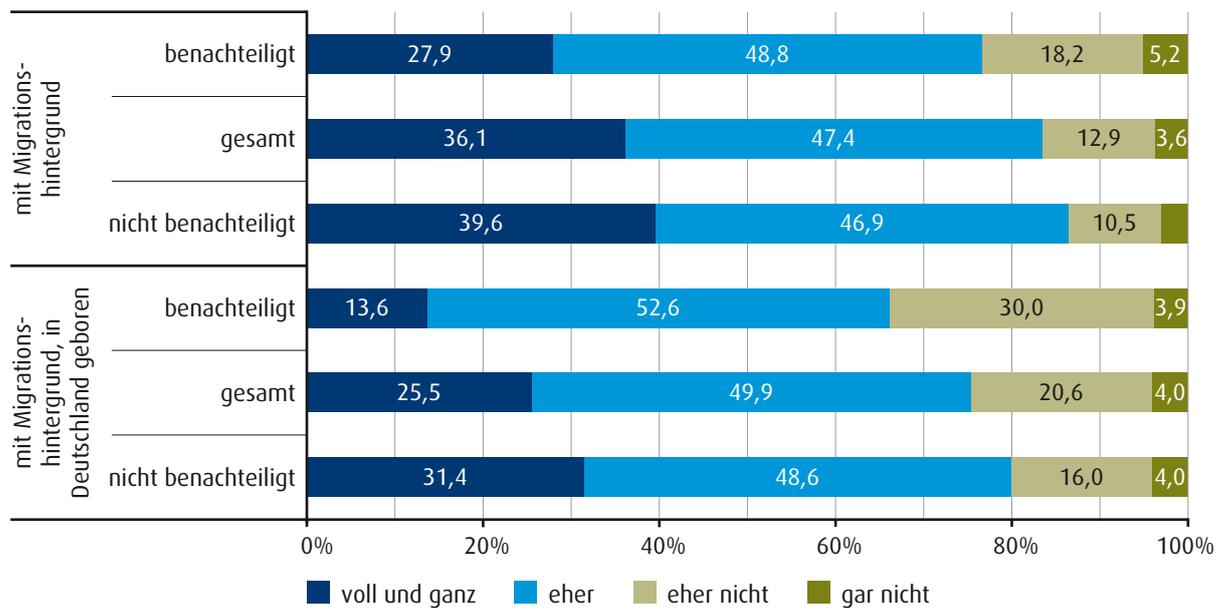
31 Trotz des großen Vertrauens, das Befragte mit Migrationshintergrund dem öffentlichen Schulwesen entgegenbringen, sind Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund im deutschen Bildungssystem benachteiligt. Sie haben geringere Bildungschancen als Gleichaltrige. Sie besuchen seltener eine Kita, wechseln nach der Grundschule seltener auf ein Gymnasium und zeigen bei Kompetenzmessungen bereits im Elementarbereich und über die gesamte Schullaufbahn hinweg schlechtere Leistungen (vgl. SVR-Forschungsbereich 2016). Diese Unterschiede sind vor allem auf die soziale Herkunft der Kinder und Jugendlichen zurückzuführen. Die Bedeutung individueller Diskriminierung für die Erklärung ethnischer Bildungsungleichheit ist eher gering (vgl. Diehl/Fick 2016), eine von Schülerinnen und Schülern wahrgenommene Diskriminierung aufgrund der Herkunft allerdings durch Umfragen belegt (für einen Überblick s. z. B. ADS 2019).

32 Das an dieser Stelle abgebildete Vertrauen in die Institution Schule ist nicht zwingend widersprüchlich zur verhältnismäßig skeptischen Bewertung des Teilbereichs Bildung als Bestandteil des Integrationsklima-Indexes (s. Kap. 2). Denn die Bewertungskriterien unterscheiden sich: So geht es im vorliegenden Fall um das grundsätzliche Vertrauen in Schule als Institution, während der IKI-Teilbereich Bildung Einschätzungen zum Funktionieren des Schulalltags unter der Bedingung ethnischer Heterogenität erhebt.

33 Die Diskriminierungserfahrung wird im SVR-Integrationsbarometer nicht sektorspezifisch für das Schulwesen, sondern allgemein mit folgender Frage erhoben: „Und sind Sie aufgrund ihrer Herkunft in den vergangenen fünf Jahren benachteiligt worden?“



Abb. 14 „Sagen Sie mir bitte, wie sehr Sie persönlich den folgenden Institutionen in Deutschland vertrauen:
... dem öffentlichen Schulwesen“ (nach wahrgenommener Benachteiligung)



Anmerkung: Aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen. Anteile unter 3 Prozent sind nicht ausgewiesen.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

Deren Ziel war es, die Maßnahmen des Infektionsschutzgesetzes durchzusetzen, darunter Abstandsregeln, Kontaktsperren, Versammlungsverbote und die Maskenpflicht. Zudem war die Polizei gefordert, die Einhaltung der Corona-Schutzmaßnahmen auf Demonstrationen zu überwachen. Angesichts erhöhter Polizeipräsenz und den sich fortlaufend ändernden und je nach Bundesland unterschiedlichen Bestimmungen zum Schutz gegen das Coronavirus stellt sich die Frage, ob und inwiefern sich die Einstellungen der Bevölkerung zur Polizei im Befragungszeitraum gewandelt haben.

Bei Menschen mit und ohne Migrationshintergrund hat sich das Vertrauen in die Polizei im Zeitraum vor und nach Einsetzen der Corona-Maßnahmen zwar leicht eingetrübt (Abb. 15). **In beiden Zeiträumen gibt aber eine deutliche Mehrheit der Befragten – 85 Prozent oder mehr – an, der Polizei „voll und ganz“ bzw. „eher“ zu vertrauen.**³⁴ Auffällig ist zudem, dass Personen mit Migrationshintergrund der Polizei in beiden Zeiträumen sogar etwas häufiger vertrauen als Menschen ohne

Migrationshintergrund. Die erheblichen Zusatzaufgaben der Polizei während der Corona-Pandemie und die damit zusammenhängende deutlich gesteigerte Präsenz der Polizei im Alltag scheint das Vertrauensverhältnis zwischen Bevölkerung und Polizei im beobachteten Zeitraum nicht wesentlich zu tangieren.

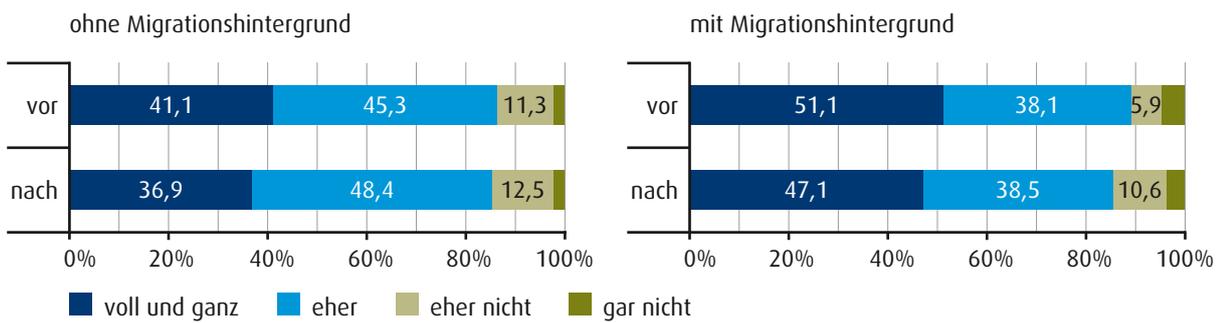
Diskriminierungserfahrungen trüben auch das Vertrauen in die Polizei

Die Polizei stand im Erhebungszeitraum nicht nur aufgrund ihrer erhöhten Präsenz während der Corona-Krise im Fokus von Debatten. Auch die erneuten Auseinandersetzungen um Polizeigewalt und rassistische Diskriminierung in den USA, die nach dem gewaltsamen Tod des Afroamerikaners George Floyd am 25. Mai 2020 zu ausgedehnten Protesten und Demonstrationen führten, wurden in Deutschland kontrovers diskutiert. Die im Zuge dessen erstarkende Black-Lives-Matter-Bewegung drang Anfang Juni auch nach Deutschland³⁵ – es wurde öffentlich über das

34 Weitere Erhebungen kommen zu dem Ergebnis, dass das Vertrauen in die Polizei in Deutschland grundsätzlich groß ist (vgl. z. B. Forschungsgruppe Wahlen e. V. 2020).

35 In Deutschland demonstrierten beispielsweise am 6. Juni 2020 ca. 15.000 Menschen in Berlin und bis zu 20.000 Menschen in München gegen Rassismus (tagesschau.de 2020).

Abb. 15 „Sagen Sie mir bitte, wie sehr Sie persönlich den folgenden Institutionen in Deutschland vertrauen: ... der Polizei“ (vor und nach den pandemiebedingten Einschränkungen)



Anmerkung: Aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen. Anteile unter 6 Prozent sind nicht ausgewiesen.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

Vorhandensein rassistischer Diskriminierung in deutschen Polizeibehörden diskutiert (Leitlein 2020).³⁶ Vor dem Hintergrund dieser Debatte zeigen die Daten des SVR-Integrationsbarometers 2020, dass Diskriminierungserfahrungen auch das Vertrauen in die Polizei schwächen: **Befragte mit Migrationshintergrund, die angeben, aufgrund ihrer Herkunft in den vergangenen fünf Jahren diskriminiert worden zu sein, vertrauen der Polizei zwar immer noch mehrheitlich – aber deutlich seltener als der Durchschnitt** (Abb. 16).³⁷

Befragte mit Migrationshintergrund, die angeben, in Deutschland aufgrund ihrer Herkunft in den letzten fünf Jahren keine Diskriminierungserfahrungen gemacht zu haben, geben dagegen zu über 90 Prozent an, der Polizei „voll und ganz“ bzw. „eher“ zu vertrauen. Hinsichtlich des Vertrauens in die Polizei zeigen sich zudem erneut Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen, abhängig von der Dauer ihres Aufenthalts in Deutschland: Befragte mit Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren wurden, geben häufiger als Befragte mit eigener Migrationserfahrung an, der Polizei nicht zu vertrauen. Besonders unter in Deutschland Geborenen mit Migrationshintergrund, die angeben, aufgrund ihrer Herkunft in den vergangenen fünf Jahren benachteiligt worden zu sein, ist

ein erhöhtes Misstrauen gegenüber der Polizei zu verzeichnen (rund 12 Prozent von ihnen vertrauen der Polizei „gar nicht“, rund 15 Prozent „eher nicht“). Ähnlich wie bei den Befunden zum Vertrauen in die Institution Schule liegt auch hier die Interpretation nahe, dass die in der Regel höher qualifizierten, in Deutschland geborenen Befragten mit Migrationshintergrund Benachteiligungen häufiger wahrnehmen, weil sie für ihre Rechte mit Blick auf Teilhabe und Zugehörigkeit sensibilisierter sind (vgl. El-Mafaalani/Waleciak/Weitzel 2017).

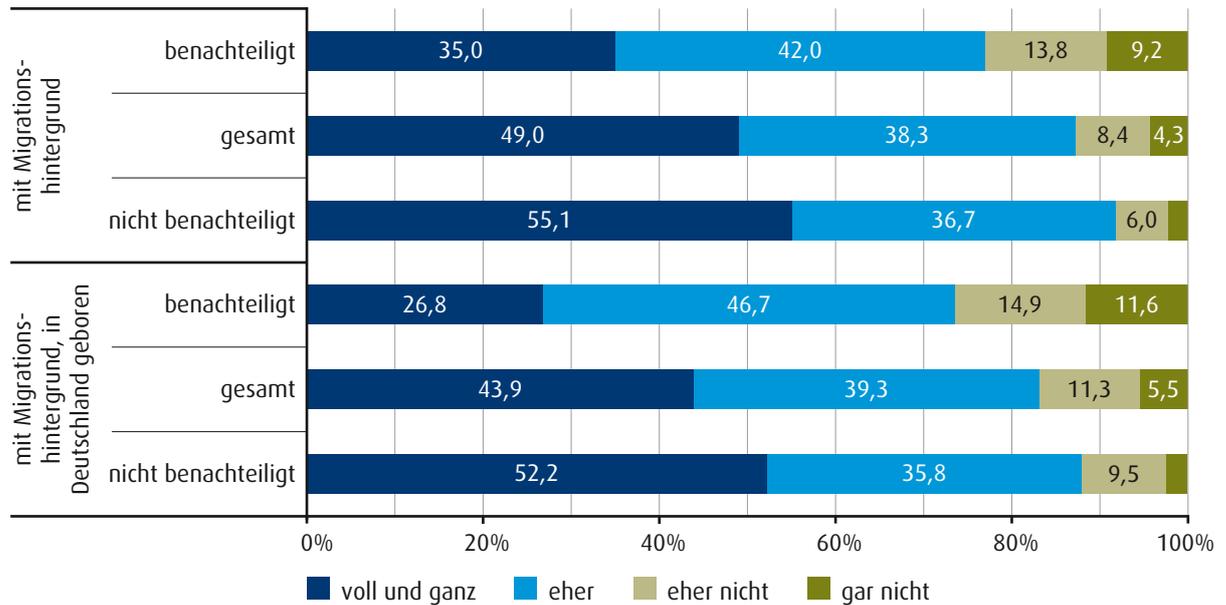
Die oben stehenden Befunde dokumentieren einerseits eine stabile Unterstützung der öffentlichen Institutionen Schule und Polizei in Deutschland seitens der Bevölkerung. Andererseits unterstreichen sie aber auch die **Notwendigkeit, trotz des gesamtgesellschaftlich positiven Stimmungsbildes zu Schule und Polizei entschieden gegen Diskriminierung und Benachteiligung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte vorzugehen**. Diskriminierungserfahrungen haben nicht nur negative individuelle Folgen für die Betroffenen, sie schädigen auch das Vertrauen in zentrale Institutionen in Deutschland, die dem Erhalt der inneren Sicherheit bzw. der Bildung der hierzulande lebenden Menschen dienen sollen.

36 Die Bundesregierung hat sich im Zuge dessen darauf verständigt, neben einer Studie zu Alltagsrassismus in der Gesellschaft auch den Polizeialltag zu untersuchen, um in Anbetracht veränderter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft zu analysieren (BMI 2020b).

37 Die Diskriminierungserfahrung wird im SVR-Integrationsbarometer nicht sektorspezifisch für die Polizei, sondern allgemein mit folgender Frage erhoben: „Und sind Sie aufgrund ihrer Herkunft in den vergangenen fünf Jahren benachteiligt worden?“



Abb. 16 „Sagen Sie mir bitte, wie sehr Sie persönlich den folgenden Institutionen in Deutschland vertrauen:
... der Polizei“ (nach wahrgenommener Benachteiligung)



Anmerkung: Aufgrund von Rundungen können die Gesamtsummen von 100 Prozent abweichen. Anteile unter 3 Prozent sind nicht ausgewiesen.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2020; gewichtete Daten

5 Fazit

Die Erhebungen zum SVR-Integrationsbarometer 2020 fanden in einer außergewöhnlichen Zeit statt. Die im Zuge der ersten Welle der Corona-Pandemie verfügbaren Einschränkungen des Alltags waren umfassend. Wie sich zeigt, hatten diese Einschränkungen keinen messbaren Einfluss auf die Wahrnehmung des Integrationsgeschehens. Damit ist das **Integrationsklima seit der ersten bundesweiten Erhebung 2016/15 stabil**. Das Ausbleiben von pandemiebedingten Eintrübungen in der Einschätzung des Zusammenlebens kann nur wenig überraschen. Schließlich steht das Integrationsklima auf einem soliden Fundament – den jahrelangen persönlichen Erfahrungen im Integrationsalltag. Veränderungen in den Einschätzungen und Bewertungen hingegen zeigen sich deutlich im Nachgang des Lockdowns an anderer Stelle: Das Barometer zeigt, dass die **Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland wie auch das Vertrauen in die Politik und die Bundesregierung im Zeitraum der Corona-Krise stellenweise deutlich angestiegen** sind. Besonders unter den Befragten ohne Migrationshintergrund ist mit Blick auf diese Themen ein teilweise deutlich aufgehelltes Stimmungsbild zu beobachten; **ihre Sicht gleicht sich**

damit derjenigen der Bevölkerung mit eigener oder familiärer Zuwanderungsgeschichte ein Stück weit an. Die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund scheint vor allem die Stärken der Demokratie, der Politik und der Bundesregierung in Corona-Zeiten häufiger wahrzunehmen. Zugewanderte nehmen diese Stärken dagegen bereits vor Eintreten der Corona-Pandemie häufig(er) wahr. Ein **„Demokratie- und Institutionenpatriotismus“ scheint in Deutschland unter Befragten mit Migrationshintergrund grundsätzlich hoch ausgeprägt** zu sein, und zwar weitgehend unabhängig vom Pandemiegeschehen. In der Summe erteilen die Befunde des SVR-Integrationsbarometers 2020 möglichen Sorgen vor Zufriedenheits- bzw. Vertrauensverlusten gegenüber der Demokratie und Politik in Deutschland als Reaktion auf die Pandemie – oder auf die damit in Verbindung stehenden Maßnahmen – im Befragungszeitraum eine Abfuhr. Da im Umgang mit der zweiten Welle der Pandemie im Herbst und Winter 2020/21 voraussichtlich erneut weitreichende politische Maßnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus umgesetzt werden müssen, ist dies ein positiver Befund. **Die Politik kann auf eine solide gesamtgesellschaftliche Unterstützung aufbauen – der Zusammenhalt in der Krise ist hoch**.

Literatur

- ADS – Antidiskriminierungsstelle des Bundes* 2019: Diskriminierung an Schulen erkennen und vermeiden. Praxisleitfaden zum Abbau von Diskriminierung in der Schule. 4. Aufl., Berlin.
- Arentz, Christine/Wild, Frank* 2020: Vergleich europäischer Gesundheitssysteme in der Covid-19-Pandemie. WIP-Analyse 3/2020, Köln.
- Bertelsmann Stiftung* 2017: Willkommenskultur im Stresstest. Einstellungen in der Bevölkerung 2017 und Entwicklungen und Trends seit 2011/12, Gütersloh.
- Bertelsmann Stiftung* 2019: Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien. Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?, Gütersloh.
- BMI – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat* 2020a: Coronavirus: Fragen und Antworten. (<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/faqs/DE/themen/bevoelkerungsschutz/coronavirus/coronavirus-faqs.html>, 18.09.2020)
- BMI – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat* 2020b: Seehofer: „Keine Rassismus-Studie in der Polizei“. Pressemitteilung vom 20.10.2020. (<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2020/10/keine-studie-rechtsextremismus-polizei.html>, 30.10.2020)
- Bol, Damien/Giani, Marco/Blais, André/Loewen, Peter John* 2020: The Effect of COVID-19 Lockdowns on Political Support: Some Good News for Democracy? QPE Working Paper 1, London.
- Brenzel, Hanna/Brücker, Herbert/Fendel, Tanja/Guichard, Lucas/Jaschke, Philipp/Keita, Sekou/Kosyakova, Yuliya/Olbrich, Lukas/Trübswetter, Pravati/Vallizadeh, Ehsan* 2019: Flüchtlingsmonitoring: Endbericht, Nürnberg.
- Brück, Tilman/Ferguson, Neil T. N./Justino, Patricia/Stojetz, Wolfgang* 2020: Trust in the Time of Corona. IZA Discussion Paper 13386, Bonn.
- Bundesregierung* 2020a: 22. März 2020: Regeln zum Corona-Virus. (<https://www.bundesregierung.de/breg-de/leichte-sprache/22-maerz-2020-regeln-zum-corona-virus-1733310>, 18.09.2020)
- Bundesregierung* 2020b: Coronavirus in Deutschland: Ansprache der Kanzlerin am 18. März 2020. (<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/ansprache-der-kanzlerin-1732108>, 18.09.2020)
- Decker, Frank/Best, Volker/Fischer, Sandra/Küppers, Anne* 2019: Vertrauen in Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik?, Bonn.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Schuler, Julia/Handke, Barbara/Brähler, Elmar* 2018: Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf, in: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hrsg.): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018, Gießen, 65–115.
- Diehl, Claudia/Fick, Patrick* 2016: Ethnische Diskriminierung im deutschen Bildungssystem, in: Kristen, Cornelia/Diehl, Claudia/Hunkler, Christian (Hrsg.): Ethnische Ungleichheiten im Bildungsverlauf, Wiesbaden, 243–268.
- El-Mafaalani, Aladin/Waleciak, Julian/Weitzel, Gerrit* 2017: Tatsächliche, messbare und subjektiv wahrgenommene Diskriminierung, in: Scherr, Albert/El-Mafaalani, Aladin/Yüksel, Gökçen (Hrsg.): Handbuch Diskriminierung, Wiesbaden, 173–184.
- Forschungsgruppe Wahlen e. V.* 2020: Politbarometer Juni II 2020. Klare Mehrheit für schärfere Gesetze in der Fleischindustrie – Großes Vertrauen in die Polizei in Deutschland. (https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2020/Juni_II_2020/, 13.10.2020)
- Forschungsgruppe Wahlen e. V.* 2020: Die Bundesregierung macht ihre Arbeit eher...seit 04/2018. (https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung_-_Themen_im_Ueberblick/Politik_II/, 18.09.2020)
- Hafeneger, Benno* 2020: Demokratie in Zeiten von Corona, Hannover.
- IFEM – Institut für empirische Medienforschung* 2020: Corona-NewsMonitor. Analysestand vom 31. Mai 2020. (<https://www.ifem.de/aktuelles/jahr-2020/corona-newsmonitor>, 18.09.2019)



Jacobsen, Jannes/Eisnecker, Philipp/Schupp, Jürgen 2017: Stimmungsbarometer zu Geflüchteten. Rund ein Drittel der Menschen in Deutschland spendete 2016 für Geflüchtete, zehn Prozent halfen vor Ort – immer mehr äußern aber auch Sorgen, in: DIW Wochenbericht 17/2017, 347–358.

Koetsier, John 2020: The 100 Safest Countries In The World For COVID-19. (<https://www.forbes.com/sites/johnkoetsier/2020/06/05/the-100-safest-countries-in-the-world-for-covid-19/?sh=46d079ef68c5>)

Kramer, Bernd 2020: Kein Computer, kein Kontakt. Lernen zu Hause. Beitrag vom 20.04.2020. (<https://www.sueddeutsche.de/bildung/homeschooling-schulschliessung-hartz-iv-1.4881546>, 18.09.2020)

Kristen, Cornelia/Spieß, Katharina 2020: Fünf Jahre danach: Eine Zwischenbilanz zur Integration von Geflüchteten, in: DIW Wochenbericht 34/2020, 559–563.

Kühne, Simon/Kroh, Martin/Liebig, Stefan/Rees, Jonas Heinrich/Zick, Andreas 2020: Zusammenhalt in Corona-Zeiten: Die meisten Menschen sind zufrieden mit dem staatlichen Krisenmanagement und vertrauen einander, in: DIW aktuell 49/2020, 1–9.

Leitlein, Hannes 2020: Bundesinnenministerium sagt Studie zu Rassismus bei der Polizei ab. Beitrag vom 04.07.2020. (<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-07/racial-profiling-studie-polizei-abgesagt-justizministerium-horst-seehofer>, 18.09.2020)

Merkel, Wolfgang 2016: Krise der Demokratie? Anmerkungen zu einem schwierigen Begriff, in: APuZ, 66: 40–42, 4–11.

Raschke, Eva/Westle, Bettina 2018: Flitterwochen mit der Demokratie? Politische Unterstützung von Migranten in Europa, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, 12: 1, 321–340.

Röder, Antje/Mühlau, Peter 2012: Low Expectations of Different Evaluations – What Explains Immigrant’s High Levels of Trust in Host Country Institutions?, Dublin.

Schraff, Dominik 2020: Political Trust During the Covid-19 Pandemic: Rally Around the Flag or Lockdown Effects?, Zürich.

SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2016: Viele Götter, ein Staat: Religiöse Vielfalt und Teilhabe im Einwanderungsland. Jahresgutachten 2016 mit Integrationsbarometer, Berlin.

SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2018: Stabiles Klima in der Integrationsrepublik Deutschland. SVR-Integrationsbarometer 2018, Berlin.

SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2020: Ungleiche Bildungschancen. Fakten zur Benachteiligung von jungen Menschen mit Migrationshintergrund im deutschen Bildungssystem. Kurz und Bündig vom 08.04.2020, Berlin.

SVR-Forschungsbereich 2013: Segregation an deutschen Schulen: Ausmaß, Folgen und Handlungsempfehlungen für bessere Bildungschancen, Berlin.

SVR-Forschungsbereich 2016: Doppelt benachteiligt? Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund im deutschen Bildungssystem. Expertise im Auftrag der Stiftung Mercator, Berlin.

SVR-Forschungsbereich 2019: Mit der Politik auf Du und Du? Wie Menschen mit und ohne Migrationshintergrund ihre politische Selbstwirksamkeit wahrnehmen. Policy Brief des SVR-Forschungsbereichs und des DeZIM-Instituts, Berlin.

tagesschau.de 2020: Fall George Floyd: Bundesweit Demos gegen Rassismus. Beitrag vom 06.06.2020. (https://www.tagesschau.de/inland/georgefloyd-protest-deutschland-101~magnifier_pos-1.html, 18.09.2020)

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1	Integrationsklima-Index (IKI) 2015, 2017/18 und 2019/20 (nach Herkunftsgruppen der Befragten)	8
Abb. 2	Integrationsklima in den Teilbereichen 2019/20 (nach Herkunftsgruppen der Befragten).....	9
Abb. 3	Integrationsklima im Bildungsbereich 2019/20 (nach Altersgruppen und Migrationshintergrund der Befragten)	10
Abb. 4	„In Schulen mit vielen Migranten-Kindern lernen alle Kinder weniger.“ (nach Altersgruppen und Migrationshintergrund der Befragten).....	11
Abb. 5	„Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, alles in allem ...“ (vor und nach den pandemiebedingten Einschränkungen).....	14
Abb. 6	„Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, alles in allem ...“ (Befragte mit Migrationshintergrund [MH] nach Geschlecht; vor und nach den pandemiebedingten Einschränkungen).....	14
Abb. 7	„Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, alles in allem ...“ (nach Herkunft der Befragten; vor und nach den pandemiebedingten Einschränkungen)	15
Abb. 8	„Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, alles in allem ...“ (nach Aufenthaltsdauer und Generation; vor und nach den pandemiebedingten Einschränkungen)	16
Abb. 9	„Und wie sehr vertrauen Sie der Politik?“ (vor und nach den pandemiebedingten Einschränkungen)	17
Abb. 10	„Und wie sehr vertrauen Sie der Politik?“ (nach Aufenthaltsdauer und Generation; vor und nach den pandemiebedingten Einschränkungen)	18
Abb. 11	„Und wie sehr vertrauen Sie der Politik?“ (nach Herkunftsgruppen der Befragten; vor und nach den pandemiebedingten Einschränkungen)	19
Abb. 12	„Sagen Sie mir bitte, wie sehr Sie persönlich den folgenden Institutionen in Deutschland vertrauen: der Bundesregierung“ (vor und nach den pandemiebedingten Einschränkungen)	20
Abb. 13	„Sagen Sie mir bitte, wie sehr Sie persönlich den folgenden Institutionen in Deutschland vertrauen: ... dem öffentlichen Schulwesen“ (vor und nach den pandemiebedingten Einschränkungen)	22
Abb. 14	„Sagen Sie mir bitte, wie sehr Sie persönlich den folgenden Institutionen in Deutschland vertrauen: ... dem öffentlichen Schulwesen“ (nach wahrgenommener Benachteiligung).....	23
Abb. 15	„Sagen Sie mir bitte, wie sehr Sie persönlich den folgenden Institutionen in Deutschland vertrauen: ... der Polizei“ (vor und nach den pandemiebedingten Einschränkungen)	24
Abb. 16	„Sagen Sie mir bitte, wie sehr Sie persönlich den folgenden Institutionen in Deutschland vertrauen: ... der Polizei“ (nach wahrgenommener Benachteiligung).....	25

Verzeichnis der Info-Boxen

Info-Box 1	Methodische Anmerkungen zum SVR-Integrationsbarometer 2020	7
Info-Box 2	Methodische Besonderheit aufgrund der Corona-Pandemie	13

Impressum

SVR-Bericht 2020-1

Herausgeber

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) GmbH

Neue Promenade 6

10178 Berlin

Tel.: 030/288 86 59-0

Fax: 030/288 86 59-11

info@svr-migration.de

www.svr-migration.de

Verantwortlich

Dr. Cornelia Schu

Gestaltung

KALUZA+SCHMID Studio GmbH

© SVR GmbH, Berlin 2020

ISSN 2512-0131

Über den Sachverständigenrat

Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration geht auf eine Initiative der Stiftung Mercator und der VolkswagenStiftung zurück. Ihr gehören sieben Stiftungen an. Neben der Stiftung Mercator und der VolkswagenStiftung sind dies: Bertelsmann Stiftung, Freudenberg Stiftung, Robert Bosch Stiftung, Stifterverband und Vodafone Stiftung Deutschland. Der Sachverständigenrat ist ein unabhängiges und interdisziplinär besetztes Expertengremium, das zu integrations- und migrationspolitischen Themen Stellung bezieht und handlungsorientierte Politikberatung anbietet. Die Ergebnisse seiner Arbeit werden in einem Jahresgutachten veröffentlicht. Das SVR-Jahresgutachten 2020 wird gefördert durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat.

Dem SVR gehören neun Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus verschiedenen Disziplinen und Forschungsrichtungen an: Prof. Dr. Petra Bendel (Vorsitzende), Prof. Dr. Daniel Thym (Stellvertretender Vorsitzender), Prof. Dr. Claudia Diehl, Prof. Dr. Viola B. Georgi, Prof. Dr. Christian Joppke, Prof. Dr. Birgit Leyendecker, Prof. Panu Poutvaara, Ph.D., Prof. Dr. Sieglinde Rosenberger und Prof. Dr. Hans Vorländer.

Weitere Informationen unter: www.svr-migration.de

Das SVR-Integrationsbarometer 2020 wird gefördert durch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und die Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren der Länder (IntMK) aufgrund eines Beschlusses der IntMK.

Gefördert durch:



Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat



INTEGRATIONSMONITORING
DER LÄNDER

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages